



ORDENTLICHE
MITGLIEDERVERSAMMLUNG
DER JUSOS MÜNSTER

05. Januar 2020

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

A1 ARBEITSPROGRAMM DER JUSOS MÜNSTER 2020 – MÜNSTER JUNGSOZIAL!	2
A2 HAUPTSACHE DEM KIND GEHT ES GUT? – FÜR MEHR SELBSTBESTIMMUNG DER FRAU* BEI DER GEBURT	17
A3 WIE WIR GENDERN WOLLEN	22
A4 SEHEN IST KEIN LUXUS	25
A5 ANTISEMITISMUS UND (ANTI-)FEMINISMUS	27
A6 PFLEGENOTSTAND ENTGEGENTRETEN DURCH DIE MODERNISIERUNG DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR IN SENIOR*INNEN- UND PFLEGEHEIMEN	34
A7 FÜR EIN STARKES GESCHICHTSFORUM	35
A8 DER KLIMAWANDEL KOMMT, DIE MENSCHEN GEHEN – HELFEN UND HANDELN, JETZT!	39
A9 CHINA, DIE UIGUR*INNEN UND HONGKONG – PROGRESSIVE AUßENPOLITIK GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND ZENSUR!	45

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2020 – MÜNSTER JUNGSOZIAL!

1 Wir, die Jungsozialist*innen in Münster, verstehen uns als sozialistischer, feministischer, antifaschisti-
2 scher und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Darüber hinaus sind wir
3 ein eigenständiger linker Jugendverband, der über die Partei hinauswirkt. Freiheit, Gerechtigkeit und
4 Solidarität sind unsere Grundwerte, die unsere politische Arbeit bestimmen und die durch die un-
5 menschliche Lebenswirklichkeit der kapitalistischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung tagtäglich
6 herausgefordert werden. Allerdings stellen wir uns dieser Herausforderung, denn wir wissen, wo wir
7 hinwollen: Wir streben nach einer Welt der Freien und Gleichen, einer Welt, in der niemand mehr
8 Angst haben muss, in der niemand diskriminiert und ausgebeutet wird. Es gilt alle Verhältnisse umzu-
9 werfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist. *Wir wollen*
10 *diese Welt zu unserer machen!*

11 Auf dem Weg dahin bekämpfen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen Ungerechtigkeiten
12 und Diskriminierungen, wo immer sie auftreten – sei es aufgrund des ausbeuterischen Wirtschafts-
13 und Gesellschaftssystems, weit verbreiteter Rassismen und Antisemitismen oder des nach wie vor vor-
14 handenen Patriarchats. Gerade jetzt, in Zeiten in denen sicher geglaubte gesellschaftliche Fortschritte,
15 durch die nun auch politisch erstarkte Rechte in Frage gestellt werden, kommt es auf uns an. Es ist
16 notwendig wie selten zuvor, als Jungsozialist*innen mutig Stellung zu beziehen und für die bessere, für
17 unsere Welt zu kämpfen.

18 I. Unsere inhaltliche Arbeit

19 Die inhaltliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen ist zentraler Bestandteil unserer poli-
20 tischen Arbeit als Jungsozialist*innen. Dabei wollen wir auch in Zukunft die gesellschaftlichen Verhält-
21 nisse, aber auch unsere eigenen Positionen kritisch hinterfragen, um neue progressive Positionen zu
22 entwickeln. Der Sozialdemokratie sind wir in kritischer Solidarität verbunden. Nach Jahren, in denen
23 unsere Partei einem falschen und für ihren Fortbestand auch verehrenden Kurs gefolgt ist, nehmen
24 wir nun mit Freude, die in Ansätzen erfolgte, programmatische Rückbesinnung der SPD auf ihren sozi-
25 aldemokratischen Markenkern zur Kenntnis. Weiterhin sind wir der Auffassung, dass eine linke und
26 starke Sozialdemokratie ein entscheidender Motor für progressive gesellschaftliche Veränderungen
27 ist. Dennoch sind wir Jusos nach wie vor das kritische Korrektiv der Sozialdemokratie. Deshalb wollen
28 wir im kommenden Jahr weiterhin den Fokus auch auf Themen legen, die wir für eine moderne und
29 linke Ausgestaltung der SPD für unverzichtbar halten. Dabei gilt es selbstredend, verteilungs- ebenso
30 wie identitätspolitische Aspekte gleichberechtigt in den Blick zu nehmen. Wir halten wenig von der

1 durch vermeintlich linke Bewegungen vertretene Position, dass beide Bereiche nicht miteinander ver-
2 einbar sein.

3 **a) Unsere Themenbereiche**

4 **Antifaschismus und Kommunales**

5 Der antifaschistische Kampf beginnt vor der eigenen Haustür. Aus diesem Grund werden wir auch in
6 diesem Jahr beide Themen – Antifaschismus und Kommunales – gemeinsam behandeln, den Eigenhei-
7 ten und individuellen Schwerpunkten nach Möglichkeit gleichberechtigt Raum geben.

8 Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die Kommunal- und gleichzeitig Oberbürgermeis-
9 ter*innenwahl legen. Wir haben den Anspruch Münster progressiv zu gestalten. Dafür brauchen im
10 kommenden Wahlkampf die SPD und insbesondere unsere Juso-Kandidierenden unsere Unterstüt-
11 zung. Um das effektiv tun zu können, werden wir uns mit unseren Inhalten und auch Michael Jung,
12 dem OB-Kandidaten der SPD, auseinandersetzen.

13 Doch nicht nur die Kommunalwahl wird 2020 von besonderer Bedeutung sein. Im Jahr 2019 haben die
14 Themen Klima- und Umweltschutz so viel Aufmerksamkeit erhalten wie wohl noch nie zuvor. In diesem
15 Zuge sind zwei wesentliche Dinge in Münster passiert: Der Klima-Notstand wurde in Münster ausgeru-
16 fen und Münster hat den Status als fahrradfreundlichste Stadt verloren. In Anbetracht dieses Wider-
17 spruchs möchten wir uns mit alternativen Verkehrskonzepten, mit besonderem Blick auf den ÖPNV,
18 für die Stadt Münster beschäftigen.

19 Neben dem Klimaschutz, der erst in jüngerer Vergangenheit derartige Aufmerksamkeit erlangt hat, ist
20 fehlender Wohnraum ein Problem, mit dem Münster schon lange zu kämpfen hat. Betrachten wir da-
21 bei die Ursachen, wollen wir lokalen Akteur*innen wie Bürger*inneninitiativen keinesfalls außer Acht
22 lassen. Progressive lokale Initiativen bieten eine Alternative gegen Raumplanung "von oben", die nicht
23 selten auch Verdrängung zur Folge hat und fördern den sozialen Zusammenhalt.

24

25 Am Anfang des Themenbereichs Antifa steht zuerst die Solidarität mit den antifaschistischen Struktu-
26 ren in Münster. Auf die Vernetzung und Bündnisarbeit mit den entsprechenden Gruppen wollen wir
27 auch in diesem Jahr unseren Fokus haben, damit wir gemeinsam mit unseren antifaschistischen Bünd-
28 nispartner*innen eine wirksame antifaschistische Arbeit vor Ort ausüben können.

29 Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt soll die Neue Rechte sein. Dazu werden wir analysieren, wie sich
30 rechte Netzwerke (z.B. die Identitäre Bewegung, Blood and Honour mit Combat 18) und rechte Par-
31 teien (bspw. die AfD, NPD, DIE RECHTE) in den letzten Jahren entwickelt haben und wie es um sie heute

1 steht. Auch welche Gefahren von ihnen ausgehen und wie unsere antifaschistische Antwort auf die
2 neue Rechte sein wird, wird Material für unsere Politische sein.

3 Den Kampf gegen Antisemitismus verstehen wir weiterhin als unsere Pflicht. Darum wird auch dieser
4 Inhalt des Politisch werden. Im Kern steht dabei wie und warum Antisemitismus sich in unserer Ge-
5 sellschaft verstärkt hat, wie wir damit umgehen müssen und wie wir politisch und auch als Zivilgesell-
6 schaft verhindern, dass weitere antisemitisch motivierte Anschläge wie im letzten Jahr in Halle gesche-
7 hen.

8 In diesem Rahmen wird auch die Auseinandersetzung mit dem Thema Erinnerungskultur stattfinden.
9 Die Fragen danach, welche Erinnerungskultur es für die Opfer des Naziregimes und für die Opfer und
10 Betroffenen rechter Gewalt nach 1945 gibt und wie heute mit dieser Erinnerungskultur umgegangen
11 wird, stehen dabei im Mittelpunkt.

12 Generell steht für uns das Engagement gegen die AfD, der schlagkräftigsten Vereinigung der neuen
13 und faschistischen Rechten, im Vordergrund unserer antifaschistischen Arbeit.

14 **Bildung**

15 Auch im Jahr 2020 wollen wir uns als Jungsozialist*innen mit dem Thema Bildung auseinandersetzen
16 und diskutieren, wie eine linke Bildungspolitik ausgestaltet werden muss, damit für jede*n eine best-
17 mögliche Teilhabe an der Gesellschaft möglich ist. Oft reduzieren wir Bildung bloß auf die kognitive
18 Wissensausbildung und haben ein zu enges Bild in welchen Lebensphasen und an welchen Orten ge-
19 lernt und bestimmte Abschlüsse gemacht werden. Doch Bildung ist und kann mehr!

20

21 Von der frühkindlichen Betreuung bis ins hohe Alter, sich ein Leben lang weiterzubilden schafft indivi-
22 duelle Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bildung spielt im Vergleich zu früher eine noch
23 größere Bedeutung, wenn es um die Integration in die Gesellschaft geht. Daher sollte zum einen die
24 Kommune stetig neue Bildungs- und Kulturangebote schaffen, die für alle zugänglich sind, zum ande-
25 ren soll generell immer die Möglichkeit bestehen hilfreiche Unterstützung in der Weiterbildung zu be-
26 kommen was auch heißt Abschlüsse abseits von klassischen (Hoch-)Schulen nachholen zu können. Ein
27 Scheitern in der Schule, Ausbildung oder bei einer Umorientierung im Beruf darf nicht mit Arbeitslo-
28 sigkeit und sozialem Abstieg einhergehen. Misserfolg wird dann von Betroffenen verinnerlicht und an
29 Folgegenerationen weitergegeben. Klar ist, dass das Versagen nicht an Einzelpersonen liegt, sondern
30 an einem System mit Institutionen, die Bildungsarmen bereits von Anfang an eine geringere Chance
31 geben eine erfolgreiche Laufbahn zu gestalten. Um diesen Zustand zu verbessern, ist eine bessere Zu-
32 sammenarbeit von Bund und Ländern unumgänglich. Gelder müssen fair verteilt werden, damit bei-
33 spielsweise die Unterschiede an Schulen, vor allem in bestimmten Stadtteilen mit einer hohen Anzahl
34 an benachteiligten Kindern, nicht größer werden. Wo es in Elternhäusern an Instrumenten, Büchern,

1 digitalen Medien oder Sport- und Freizeitangeboten fehlt, ist es die Aufgabe von Bildungsstätten die
2 Kinder und Jugendlichen mit einer gezielten und umfassenden Bildung aufzufangen.

3

4 Vom Politisch Bildung wollen wir nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern uns im kommenden
5 Jahr mit ein paar ganz konkreten Themen beschäftigen:

6 Wie bereits deutlich wurde, wird nicht nur im Bereich der Schule gelernt. Daher ist es uns wichtig über
7 außerschulische Bildungsorte nachzudenken und zu schauen was Gedenkstätten, wie beispielsweise
8 die Villa ten Hompel in Münster, dazu beitragen können Kinder, Jugendliche und Erwachsene für The-
9 men wie Antisemitismus und Rassismus zu sensibilisieren.

10 Außerdem wollen wir Rollenstereotype im Kontext Schule diskutieren und uns damit beschäftigen, wie
11 es um einen geschlechtergerechten Unterricht bestellt ist. Denn in einer männerdominierten Gesell-
12 schaft kann Chancengleichheit für Frauen* und Menschen der LGBTQI*-Community immer noch nicht
13 sichergestellt werden. Wie kann man also die Vielfalt der Schüler*innen besser wahrnehmen und för-
14 dern? Und wie sieht es überhaupt mit den Schulmaterialien aus? Bilden diese die Vielfalt der Gesell-
15 schaft in Bild und Sprache ab?

16 Viele Lehramtsstudierende beschwerten sich regelmäßig über ihren Studiengang: Zu viel Theorie, zu
17 wenig Praxis. Lehrer*innen unterrichten und prägen unzählige junge Menschen und sollten deshalb
18 bestmöglich ausgebildet sein. Wir wollen uns die Lehrer*innenausbildung anschauen. Wie ist das Stu-
19 dium aufgebaut? Nach welchen Prinzipien funktioniert es? Was kann man besser machen?

20 Der Politisch Bildung soll über diese Themenfelder hinaus auf aktuelle politische Entwicklungen einge-
21 hen und für uns eine Plattform bieten, diese bildungspolitischen Veränderungen und Vorschläge ge-
22 meinsam zu diskutieren.

23 **Europa und Internationales**

24 Wir bekennen uns gerade in einer Zeit, in der sich (nicht nur) Akteur*innen der politischen Rechten
25 wieder ins Nationale flüchten, zu unseren internationalistischen Idealen. Denn Kapitalismus und Patri-
26 archat machen keinen Halt an den Grenzen eines Landes und so dürfen auch unsere Analyse und unser
27 politischer Kampf im kommenden Jahr nicht am bayerischen Schlagbaum enden.

28 Europa hat gewählt. Der Ausgang für die Sozialdemokrat*innen ist dabei auf europäischer Ebene
29 durchwachsen und in Deutschland katastrophal. Trotz der Wahlschlappe hat sich die neue EU-Kom-
30 mission allerdings einige Anliegen der progressiven europäischen Kräfte angeeignet und will nun z.B.
31 den „Green New Deal“ in der EU Realität werden lassen. Diesem Vorhaben wollen wir dabei genau auf
32 die Finger schauen. Denn wo eine konservative Kommissionspräsidentin am Werk ist, kann zwar

1 „Green New Deal“ auf dem Maßnahmenpaket draufstehen, das heißt aber noch lange nicht, dass auch
2 eine soziale und ökologische Transformationspolitik drinsteckt.

3 „Women are indisputably better than men.“ Mit diesem Satz erregte Barack Obama Ende 2019 viel
4 Aufsehen. Seine These war, dass Frauen*, wenn die alten Männer denn endlich mal ihre Pfründe her-
5 gäben, in allen politischen Belangen eine Verbesserung erreichen würden. Wir als feministischer Rich-
6 tungsverband teilen die Haltung, dass Frauen* an die politische Spitze gehören und wollen daher im
7 PoliTisch Europa und Internationales zweierlei genauer beleuchten. Erstens die Stellung von Frauen*
8 in der internationalen Politik und zweitens eine feministische Außenpolitik, die Emanzipation weltweit
9 auf die Agenda setzt.

10 Ein Großereignis wirft im Jahr 2020 seine Schatten voraus, welches für die internationale Politik kaum
11 bedeutsamere Auswirkungen haben könnte. Mit den Vorwahlen der großen amerikanischen Parteien
12 beginnt in den USA der Wettstreit um das Weiße Haus und damit um die Führungsrolle innerhalb der
13 demokratischen Welt. Denn vier Jahre Donald Trump konnten dem Image der USA vielleicht tiefe Krat-
14 zer zufügen, sie haben aber auch immer wieder unter Beweis gestellt, wie sehr ein*e progressive ame-
15 rikanische Präsident*in auf internationaler Ebene gebraucht wird. Ohne eine*n solche*n scheinen es-
16 sentielle Herausforderungen wie die Klimakrise für die Weltgemeinschaft nur schwer zu bewältigen.
17 Daher wollen wir den Prozess und die antretenden Kandidat*innen einmal genau unter die Lupe neh-
18 men und dabei auch das laufende Amtsenthebungsverfahren gegen den amtierenden Präsidenten mit
19 einbeziehen.

20 Die Welt ist im Wandel, was dem Herrn der Ringe als Einleitung diente, ist auch für unsere Arbeit im
21 PoliTisch Europa und Internationales von essentieller Bedeutung. Das heißt, dass sich die inhaltliche
22 Arbeit immer am oft schnell verändernden Weltgeschehen orientieren muss, auch um unserem eige-
23 nen Anspruch einer internationalistischen politischen Bildungsarbeit auf der Höhe der Zeit gerecht zu
24 werden.

25 **Gleichstellung**

26 Mit unserem PoliTisch Gleichstellung bieten wir ein dauerhaftes feministisches Bildungsangebot an,
27 denn für uns Jusos Münster ist der feministische Kampf eine Pflicht, die wir ernst nehmen. Dass wir
28 folglich ständig am Puls der feministischen Debatte sein wollen, steht fest und kann nur gewährleistet
29 werden, wenn unser PoliTisch Gleichstellung sowohl die großen Dauerbrenner abhandelt, als auch auf
30 das feministische Tagesgeschäft eingeht.

1 2020 wollen wir uns deshalb unter anderem mit feministischer Theorie auseinander setzen. Beispiels-
2 weise Chancen und Risiken von Identitätspolitik, die gerade im queerfeministischen Kontext von Be-
3 deutung ist, können dabei diskutiert werden. In Zeiten, in denen sich rechte Kräfte einer exkludieren-
4 den Identitätspolitik, die rassistische Ressentiments schürt, bedienen, um ihre Ideologie wahlfähig zu
5 machen, muss auch die politische Linke ihren Umgang mit Identitätspolitiken klären. Dass diese auch
6 mehr und mehr zum Instrument progressiver linker Kräfte werden, sollte dabei ebenso Beachtung fin-
7 den.

8 Darüber hinaus wollen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit Frauen* in der Politik noch
9 immer unterrepräsentiert sind. Seit der letzten Bundestagswahl ist der Anteil an Frauen* in unserem
10 Parlament beträchtlich gesunken. Auch Personen mit Migrationsgeschichte sind unterproportional
11 vertreten. Doch ist das Paritätsgesetz der Weisheit letzter Schluss? Wie werden Frauen* und andere
12 Vertreter*innen marginalisierter Gruppen überhaupt politisch aktiv und was heißt das für uns als po-
13 litischer Jugendverband?

14

15 Jenseits dieser Themen, sollen auch Debatten, die die gesellschaftliche Realität des Patriarchats abde-
16 cken, unser Fokus sein.

17 So zeigen sich unter anderem bei dem Thema Verhütung noch immer die Auswirkungen der Geschlech-
18 terhierarchie und der patriarchalen Rollenvorstellungen. Der Schutz vor ungewollten Schwangerschaf-
19 ten und sexuell übertragbaren Krankheiten ist meist vor allem eins: Frauen*sache. Welche (körperliche
20 und finanzielle) Belastung das für die Anwenderinnen* bedeutet und welche Möglichkeiten für eine
21 geschlechtergerechte Verhütung bestehen, ist Teil einer Gesundheitspolitischen Debatte, die auch im-
22 mer eine feministische sein muss.

23 Schließlich wollen wir auch nicht die Augen vor der Diskriminierungsrealität der LGBTIQ+-Community
24 verschließen. Deshalb wollen wir uns 2020 mit den Problemen, denen die Community auch internati-
25 onal gegenübersteht, widmen. Beispielsweise die Bildungsungerechtigkeit und die staatliche Verfol-
26 gung interessieren uns dabei. Auch im Hinblick auf unsere internationalen Partner*innen ist uns die
27 Auseinandersetzung mit der Benachteiligung von geschlechtlichen und sexuellen Identitäten, die au-
28 ßerhalb der Heteronormativen Vorstellung existieren, wichtig.

29 **Soziales und Umwelt**

30 Die Klimakatastrophe schreitet weiterhin mit verheerendem Tempo voran und trotz Bewegungen wie
31 Fridays for Future hat sich leider nur wenig geändert. Das Klimapaket der aktuellen Bundesregierung
32 ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Andere Ideen wiederum vergessen, dass nicht alle Menschen
33 einen Tesla aus der Portokasse bezahlen können und wiederum andere trauen dem technischen

1 Fortschritt vielleicht etwas zu viel zu. Eine jungsozialistische Perspektive muss auch weiterhin das So-
2 ziale mit dem CO2-Neutrenen verbinden und eine ganzheitliche Sicht auf die Klimakrise werfen. In die-
3 sem Sinne wird sich der PoliTisch dieses Jahr weiterhin mit verschiedenen Ansätzen zur Bekämpfung
4 der Klimakrise auseinandersetzen und diese vergleichen. Für uns steht fest: Umweltpolitik muss auch
5 sozial gedacht werden.

6 Aber nicht nur deutsche Bauern ernten nicht mehr die dicksten Kartoffeln. Denn auch wenn die BRD
7 dieses Jahr zum ersten Mal einen der vorderen Plätze im Ranking der Nationen mit den größten Kli-
8 maschäden belegt, darf der internationale Blick nicht vernachlässigt werden. In Indien beispielsweise
9 leiden ganze Metropolen aufgrund der Dürre unter Wassermangel und müssen mit Zügen versorgt
10 werden. Diese Krisen und ihre Folgen muss weiter in den Blick der Jusos rücken. Internationalismus
11 und Klassenkampf sind auch Teil des Klimakampfes.

12 Im Bereich Soziales konnten wir auf dem vergangenen Parteitag viel erreichen, indem die Partei end-
13 lich die Abkehr von Hartz IV vollzogen hat. Aber hat sie das? Es mehren sich Stimmen, die der SPD
14 einen Etikettenschwindel vorwerfen. Mit diesen müssen gerade wir Jusos uns auseinandersetzen und
15 sie entweder fundiert zurückweisen oder als Ressource fortschrittsgewandter Kritik nutzen. In diesem
16 Sinne muss es mindestens einen PoliTisch geben, der sich intensiv mit den neuen Konzepten auseinan-
17 dersetzt. Ein unter Umständen gesondert zu behandelnder Punkt wäre die beschlossene Kindergrund-
18 sicherung oder auch die Vorschläge der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, die unter
19 Christine Lambrecht vorangetrieben werden, denn Kindheit und Jugend prägen den Lebenslauf von
20 Menschen im besonderen Maße und müssen daher im Blick jeder Sozialpolitik liegen.

21 21st Century Class Struggle: Gewerkschaften sind in vielen Bereichen dabei, weiter zu schrumpfen,
22 obwohl bspw. die Reallöhne in Deutschland seit den 90ern kaum gestiegen sind und der Abstieg ins
23 Prekäre für viele Menschen eine allzu reale Gefahr ist. Dabei sind Gewerkschaften historisch betrachtet
24 unschätzbare Garanten für eine soziale Gesellschaft und eine starke Arbeiter*innenschaft. Daher müs-
25 sen wir uns mit den Gründen für diese Situation beschäftigen und über Lösungsmöglichkeiten spre-
26 chen. Gewerkschaften waren stets natürliche Verbündete einer sozialdemokratischen Politik, mit de-
27 nen es sich daher auseinanderzusetzen gilt.

28 Wer in der aktuellen Situation den Organisationsgrad von Arbeitnehmer*innen bedauert, die*der
29 muss auf die durch Digitalisierung und technischen Fortschritt geschaffenen Arbeitsbereiche betrach-
30 ten. Gerade in Start-Ups gelten Arbeitskämpfe teils als überholt oder werden unterdrückt während
31 Überstunden nicht vermerkt werden und zeitliche Entgrenzung sowie die Entrechtung von Arbeitneh-
32 mer*innen zunimmt. Dass in der Techbranche jedoch ungeahntes Potential schlummert beweisen hin-
33 gegen einige Bewegungen wie bspw. „Game Workers Unite“ in den USA, die seit ihrer Gründung vor

1 einigen Jahren im krassen Gegensatz zu anderen Gewerkschaften einen dramatischen Anstieg an Mit-
2 gliederzahlen verzeichnen. Daher werden wir uns im kommenden Jahr ebenfalls mit den spezifischen
3 Problemen der Arbeitssituationen und der Hürden bei gewerkschaftlicher Organisation, aber auch mit
4 den Chancen und Potentialen digitaler Industrien beschäftigen. Das neue Proletariat bedient auch
5 Touchscreens und muss in der SPD ihre natürliche Lobby finden. Umgekehrt gestalten in anderen Bran-
6 chen gerade Gewerkschaften bereits Digitalisierungsprozesse und versuchen diese in Arbeitsneh-
7 mer*innenfreundliche Bahnen zu lenken. Wie der dortige Stand ist und welche Herausforderungen
8 und Wege dies eröffnet soll ebenfalls diskutiert werden. In diesem Zusammenhang ist auch eine Ko-
9 operation mit unseren gewerkschaftlichen Partner*innen in Münster denkbar.

10 **b) Seminare**

11 In unserer politischen Bildungsarbeit nehmen die Seminare neben dem PoliTisch einen wichtigen Platz
12 ein. Hier können wir gemeinsam bestimmte Themen intensiv und vertiefend diskutieren. Im vergan-
13 genen Jahr haben wir beispielsweise erfolgreich in den Bereichen der sozialverträglichen Umweltpoli-
14 tik, den Grundlagen des Feminismus und einer linken Sicherheitspolitik gearbeitet und die dort entwi-
15 ckelten Ergebnisse in unsere alltägliche Arbeit einfließen lassen. In diesem Jahr wollen wir uns vor al-
16 lem mit den Themen Wirtschaftsdemokratie und Bildungspolitik beschäftigen. Hinsichtlich der im Sep-
17 tember anstehenden Kommunalwahlen soll eines unserer Seminare ganz unter dem Motto der Kom-
18 munalpolitik und des Wahlkampfes stehen.

19 Generell werden wir bei jedem unserer Seminare darauf achten, dass stets auch eine feministische
20 Perspektive zu dem jeweils behandelte Thema einfließt.

21 Seminare über ein Wochenende und außerhalb von Münster haben sich in der Vergangenheit als be-
22 sonders gewinnbringend herausgestellt. Nach Möglichkeit und bei gesicherter Finanzierung soll für
23 zwei der insgesamt vier angestrebten Seminare Münster verlassen werden.

24 Nachdem wir nun schon drei Jahre in Folge sehr erfolgreich eine Aktionswoche gegen Antisemitismus
25 und zur Solidarität mit Israel abgehalten haben, werden wir auch im kommenden Jahr an diesem For-
26 mat festhalten. Als Kooperationspartner*innen, wenn denn von dieser Seite gewünscht, sind für uns
27 die Studierendengruppe Hillel und die Jüdische Gemeinde in Münster denkbar.

28 **II. Unsere Arbeitsweise**

29 Auch im vergangenen Jahr führte kein Weg an den Jusos Münster vorbei. Ob Landeskonferenz, Bun-
30 deskongress oder die SPD-Parteitage in Münster – auf allen Ebenen haben wir uns mit starken eigenen

1 Anträgen und engagierten Redebeiträgen eingebracht und unseren Geltungsanspruch als Münstera-
2 ner Jungsozialist*innen unter Beweis gestellt. Unser starkes Engagement der letzten Jahre macht sich
3 auch darüber hinaus bemerkbar. Die Jusos Münster sind auf allen Ebenen vertreten – ob das Landes-
4 vorstand und Bundesvorstand der Jusos oder der geschäftsführende Unterbezirksvorstand der SPD in
5 Münster ist. Diese gute Vertretung wollen wir beibehalten und auch im kommenden Jahr unsere In-
6 halte und Ideen breit in den Verband und die Partei tragen.

7 **a) Der PoliTisch**

8 Ein Rhythmus, der uns ins Blut übergegangen ist: Jede Woche donnerstags treffen sich die Jusos Müns-
9 ter zum PoliTisch. Unser wöchentliches Treffen hat sich nicht nur bewährt, sondern ist ein ganz ent-
10 scheidender Grund dafür, dass wir personell und inhaltlich so gut aufgestellt sind. Mit dem PoliTisch
11 schaffen wir es einerseits, neuen Mitgliedern und Interessierten einen niedrigschwelligen Einstieg in
12 unsere Arbeit zu ermöglichen und andererseits durch kontinuierlich spannende Diskussionen nichts an
13 Attraktivität zu verlieren. Es bleibt daher dabei: Wir werden uns weiterhin jede Woche donnerstags
14 zusammenfinden, um unsere Themenbereiche – Antifaschismus und Kommunales, Bildung, Gleichstel-
15 lung, Europa und Internationales, Soziales und Umwelt – in alphabetischer Reihenfolge zu diskutieren.

16 Eine Ausnahme von dieser Regel stellt unser „PoliTisch Organisatorisch“ dar, für den wir stets den ers-
17 ten Donnerstag im Monat reserviert haben. Dort planen wir beispielsweise gemeinsam Veranstaltun-
18 gen und erstatten uns gegenseitig Bericht von den unterschiedlichen Parteiebenen. Die Berichte ver-
19 stehen wir dabei nicht als bloße Wiedergabe vergangener Ereignisse, sondern vielmehr als Möglichkeit
20 auf zukünftige Projekte, Veranstaltungen und Termine einzugehen. Dabei sehen wir es als berechtigten
21 Anspruch an, dass diejenigen, die wir für verschiedene Funktionen nominiert haben, auch nach ihrer
22 Wahl anwesend sind, um uns von ihrer Arbeit zu berichten.

23 Die Einführung einer politischen Viertelstunde war bezüglich unseres Vorhabens den „PoliTisch Orga-
24 nisatorisch“ stets weiterzuentwickeln und attraktiver zu machen ein gewinnbringender Schritt. Auch
25 an der feministischen Viertelstunde wollen wir gemäß unserem Selbstverständnis als feministischer
26 Verband festhalten.

27 Uns ist besonders wichtig, dass sich jede*r bei uns wohlfühlt! Dazu braucht es neben einer allgemein
28 respektvollen Gesprächskultur auch ein Bewusstsein aller dafür, eine Sprache zu verwenden, die nie-
29 manden ausschließt und diskriminiert. Außerdem eine stete Reflexion des eigenen Verhaltens im Grup-
30 penkontext.

1 Bei unseren inhaltlichen PoliTischen setzen wir häufig auf Gruppenarbeiten. Das hat den Vorteil, dass
2 ein Thema vertieft und gleichzeitig mit der Setzung verschiedener Schwerpunkte behandelt werden
3 kann. Auch wenn wir auf Gruppenarbeiten nicht verzichten wollen, ist auch auf methodische Vielfalt
4 bei der Gestaltung des PoliTischs zu achten. Im anstehen Jahr werden wir vermehrt versuchen ver-
5 schiedene methodische Konzepte auszuprobieren. Weiterhin sind die PoliTisch-Teams angehalten, bei
6 Gruppenarbeit mindestens ein Thema anzubieten, dass ohne Textarbeit auskommt.

7 Schlussendlich ist uns wichtig stets auch kommunalen Bezug in unserer Arbeit herzustellen, was sich
8 in den gewählten Materialien bei jedem PoliTisch niederschlagen sollte.

9 **b) Vorstandsarbeit**

10 Wir sind als Jusos Münster vor allem deshalb so stark, weil wir auf die breite Beteiligung aller setzen.
11 Dies muss sich auch in einer transparenten Vorstandsarbeit niederschlagen und deshalb wollen wir
12 weiterhin alle wichtigen organisatorischen oder inhaltlichen Entscheidungen gemeinsam mit allen Mit-
13 gliedern auf, dem „PoliTisch Organisatorisch“, treffen. Zusätzlich trifft sich der Vorstand mindestens
14 einmal im Monat, um etwa anstehende Aufgaben, Projekte und Veranstaltungen zu koordinieren.

15 Den Vorstandsmitgliedern kommt die Aufgabe zu, die auf dem PoliTisch Organisatorisch getroffenen
16 Entscheidungen als Team umzusetzen. Von ihnen wird daher ein herausragendes Maß an aktiver Be-
17 teiligung und Engagement erwartet. Dies soll sich nicht nur in der Zuständigkeit für einen bestimmten
18 Themenbereich samt der hauptverantwortlichen Betreuung des zugehörigen PoliTischs niederschla-
19 gen, darüber hinaus wird jedes Vorstandsmitglied einen weiteren Arbeitsbereich – Bildungsarbeit,
20 Bündnisarbeit, Gleichstellung, Öffentlichkeitsarbeit, Neumitgliederbetreuung, Vernetzung mit der
21 Jusos-HSG – übernehmen. Schließlich wird von den Vorstandsmitgliedern die aktive Teilnahme an allen
22 Veranstaltungen der Jusos Münster erwartet, sofern nicht begründete Entschuldigungen vorliegen.

23 **c) Wenn jemand fragt, wohin Du gehst – Sag Kommunalwahl!**

24 Der Mai des letzten Jahres war vor allem vom Europawahlkampf geprägt. Wir Jusos haben gezeigt,
25 dass ohne unseren großen Einsatz, kein Wahlkampf für die SPD zu stemmen ist. Umso enttäuschender
26 war das Wahlergebnis. Das schlechteste Ergebnis für die SPD bei einer bundesweiten Wahl und fast
27 noch bitterer: das zweitschlechteste Ergebnis in NRW gab es für die Münsteraner SPD. Aber sei es
28 drum: Wir sind wahlkampfprobt und werden auch bei der im September anstehenden Kommunal-
29 wahl alles geben. Wir sind motiviert, weil wir nicht nur für die richtigen Inhalte streiten, sondern auch

1 ein Team aus überzeugten Jungsozialist*innen haben, das in den Stadtrat einziehen möchte. Wir wer-
2 den sie dabei tatkräftig unterstützen. Unsere Unterstützung gilt auch dem OB-Kandidaten der Müns-
3 teraner SPD, Michael Jung, mit dem gemeinsam wir für die richtigen Inhalte streiten werden.

4 Auf unserer Mitgliederversammlung Kommunales im vergangenen Dezember haben wir den Grund-
5 stein für unseren Kommunalwahlkampf gelegt. Die dort beschlossenen inhaltlichen Positionen bringen
6 wir in den Programmprozess der SPD Münster ein und kämpfen so gemeinsam für eine Neuausrichtung
7 der Stadtpolitik. Münster braucht mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen die Beteili-
8 gungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern. Kommunalpolitik muss feministischer
9 gedacht und eine progressive Umweltpolitik für unsere Stadt organisiert werden. Im Wahlkampf wol-
10 len wir herausstellen, dass die SPD ein linkes Gegenangebot zum Stillstand der Schwarz-Grünen Rat-
11 hauskoalition macht.

12 Den Kommunalwahlkampf wollen wir nicht nur wieder mit allen gemeinsam in einer Wahlkampf kern-
13 gruppe planen, sondern auch schon deutlich vor der heißen Wahlkampfphase in der Kommunalwahl-
14 gruppe zusammenkommen. Dort sollen unsere Kandidierenden auf die Ratstätigkeit vorbereitet und
15 auch kommunale Bildungsarbeit geleistet werden.

16 Gemeinsamen mit unseren Kandidierenden werden wir einen fulminanten Jugendwahlkampf auf die
17 Beine stellen und das nicht nur auf der Straße: Wie auch in den Jahren zuvor wollen wir wieder einen
18 flotten Onlinewahlkampf aufs Parkett legen und hierfür ein eigenes Team gründen, das attraktive In-
19 halte produzieren wird. Außerdem setzen wir nicht nur aber gerade im Wahlkampf auf eine enge Zu-
20 sammenarbeit mit den NRW Jusos und den Jusos im Bund. Wir wollen außerdem gemeinsam mit der
21 Gewerkschaftsjugend für unsere Positionen streiten.

22 **d) Evaluations AG – Wie können wir unsere Arbeit verbessern?**

23 Bei unseren PoliTisch diskutieren wir jede Woche spannende Themen. Intensiver wird es da nur noch
24 bei den Seminaren, die wir im Jahr abhalten; zwei davon an einem ganzen Wochenende. Unsere in-
25 haltlichen Angebote sind gut und überzeugen jede Woche viele Menschen davon, bei den Jusos Müns-
26 ter für eine bessere Welt zu kämpfen. An dieser Grundstrukturen wollen und werden wir festhalten.
27 Dennoch wollen wir uns kritisch hinterfragen – Stillstand bedeutet Tod, oder so.

28 Mit der Arbeitsgruppe, die unser feministisches Neumitgliederkonzept erarbeitet hat, haben wir im
29 vergangenen Jahr vorgemacht, was wir nun größer angehen wollen. In einem Arbeitskreis werden wir
30 unsere Arbeit auf den Prüfstand stellen und Verbesserungsbedarf formulieren. Die *Evaluation AG* ist
31 als Diskussionsort für alle interessierten Jungsozialist*innen gedacht, um dort frei über Ideen für eine

1 Weiterentwicklung unserer Formate und Angebote zu sprechen. Wie können wir etwa die Ansprache
2 von Neumitgliedern verbessern, sodass sich alle Menschen sofort bei uns wohl fühlen? Wie können
3 wir den Politisch Organisatorisch attraktiver machen? Welche bahnbrechenden Veranstaltungsfor-
4 mate, die bisher an uns vorbeigegangen sind, müssen unbedingt ausprobiert werden? Brauchen wir
5 mehr Raum, um aktuelle politische Themen zu diskutieren? Diesen und weiteren Fragen wollen wir
6 uns im kommenden Jahr stellen und auch Antworten finden.

7 **e) Kooperationen und Bündnisarbeit**

8 Für unseren alltäglichen politischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen ist die Kooperation
9 mit anderen Gruppen innerhalb unserer Partei sowie die Arbeit in Bündnissen unerlässlich. Gleichzeitig
10 sehen wir die eindeutige Notwendigkeit als gesellschaftliche Linke enger zusammenzurücken und den
11 Kampf gegen die erstarkte Rechte aufzunehmen. Dementsprechend gilt es, die Augen für potenzielle
12 Bündnispartner*innen offen zu halten.

13 Eine besondere Verbindung besteht natürlich zu unseren Freund*innen von der Juso-Hochschul-
14 gruppe. Deshalb ist es seit vielen Jahren selbstverständlich, dass im Juso-Vorstand ein*e Vertreter*in
15 unserer Hochschulgruppe sitzt. Das wird freilich auch im neuen Vorstand so sein. Gleichzeitig wollen
16 wir den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Hochschulgruppe auch auf anderem Wege verstär-
17 ken. Zum einen wollen wir uns mit vollem Elan im Stupa- und Senatswahlkampf engagieren und auf
18 diesem Weg die HSG bei ihrer Arbeit in der studentischen Selbstverwaltung unterstützen. Gleichzeitig
19 bietet der Kommunalwahlkampf im kommenden September die Möglichkeit für gemeinsame Aktionen
20 und Wahlkampftermine. Weiterhin soll die erfolgreiche Kooperation in Form von gemeinsamen Ver-
21 anstaltungen fortgesetzt werden. Im vergangenen Jahr sind Jusos und Hochschulgruppe zu Vernet-
22 zungstreffen zusammengekommen, worauf wir auch 2020 nicht verzichten wollen. Auch den Kontakt
23 zwischen den Menschen, die die HSG auf den verschiedensten Ebenen repräsentieren dem Juso-Vor-
24 stand wollen wir intensivieren.

25 Doch auch jenseits von Studium und Hochschule wollen wir junge Menschen ansprechen. Leider hat
26 sich das Vorhaben der Juso Schüler*innen und Auszubildenden Gruppe (JSAG) wieder aktiv zu werden
27 etwa im Sande verlaufen. Wir werden der JSAG mit Rat und Tat zur Seite stehen, insbesondere was
28 das Thema Mitgliederwerbung oder das Einbringen von Anträgen angeht. Zu diesem Zweck wollen wir
29 ein Vorstandsmitglied als zentrale Ansprechperson benennen. Auf die Sicht von Schüler*innen und
30 Azubis können und werden wir ausdrücklich nicht verzichten.

1 Partner*innen sind auch in unserer Partei, der SPD, zahlreich zu finden. Wir setzen Hoffnung in die
2 neugewählte Parteiführung um Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans und glauben deshalb weiter-
3 hin fest daran, die SPD von innen heraus zu reformieren. Dafür wollen wir weiterhin die Zusammenar-
4 beit mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen suchen und verstetigen. Es gilt Erfahrungen
5 auszutauschen und gemeinsame Antragsinitiativen zu entwickeln.

6 Als eigenständiger linker Richtungsverband suchen wir unsere Verbündeten jedoch nicht nur innerhalb
7 der eigenen Partei: Wir sind stolz, in zahlreichen Bündnissen und Kooperationen, besonders im antifa-
8 schistischen Bereich, stark vertreten zu sein. Zu nennen ist hier allen voran das Kein Meter Bündnis in
9 Münster. Dennoch wissen wir, dass Bündnisarbeit auch bedeutet, bestehende Verbindungen zu pfl-
10 egen. Das wollen wir hinsichtlich unserer Präsenz in antifaschistischen Gruppen verstärkt tun.

11 Dem oben formulierten Anspruch, nach neuen Bündnispartner*innen Ausschau zu halten, wollen wir
12 Taten folgen lassen. Denkbar sind etwa Kooperationen mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israeli-
13 schen Gesellschaft in Münster, einer Umweltorganisation und anderen uns inhaltlich nahestehenden
14 Gruppen.

15 Die regelmäßigen Treffen mit der Grünen Jugend in den letzten Jahren sollen uns Ansporn sein, die
16 Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen weiter zu intensivieren. Denkbar wäre etwa ein gemeinsa-
17 mes Treffen beim PoliTisch.

18 Auch unsere Bündnisarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden haben wir uns in den letzten Jahren ver-
19 stärkt gewidmet. An dieser Stelle werden wir keineswegs nachlassen und weiterhin den Austausch mit
20 unseren gewerkschaftlichen Kolleg*innen suchen.

21 **e) Gleichstellungsarbeit**

22 Who run the world? Girls!?! Was im Pop so wunderbar wirklich klingt, ist in der Realität leider noch
23 entfernt: Weiterhin leiden Frauen* weltweit unter patriarchalen Strukturen. Wir Jusos Münster be-
24 kämpfen genannte Strukturen, wo wir sie antreffen. Wir verstehen uns als feministischer Richtungs-
25 verband und sind stolz auf unsere feministische Arbeit. Gleichzeitig verfallen wir nicht in Inselseligkeit:
26 Auch innerhalb unserer eigenen Partei sowie unseres Verbandes bleibt ein ständiges Eintreten für fe-
27 ministische Positionen unerlässlich. Dabei zeigen wir mit dem Finger nicht nur auf andere, sondern
28 formulieren den deutlichen Anspruch an uns, unsere eigene Arbeit immer wieder aufs Neue auf männ-
29 liche Strukturen hin zu überprüfen.

1 Als bewährte und konkrete feministische Veranstaltungsform werden wir auch im vor uns liegenden
2 Jahr auf das Konzept der Frauen*treffen setzen, die als Vernetzungstreffen zusammen mit der Juso-
3 Hochschulgruppe in unregelmäßigen Abständen dem gegenseitigen Empowerment dienen. Gleichzei-
4 tig wollen wir weitere Formate zum Empowerment von Genossinnen*, z.B. im Hinblick auf Anträge
5 und Redebeiträge, anbieten. Es sei angemerkt, dass wir Empowerment-Format als wichtiges Instru-
6 ment von Gleichstellungsarbeit ansehen, gleichzeitig sind dadurch aber Männer* keineswegs aus der
7 Pflicht genommen: Weiterhin ist es wichtig, dass Privilegien und Verhalten reflektiert werden.

8 Unsere feministische Arbeit ist auch dann stark, wenn sie in Bündnissen mit anderen Akteur*innen
9 stattfindet. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, unser Engagement in solchen z.B. bezüglich des
10 ‚Marschs der Tausend Kreuze‘ sowie bezüglich des Frauen*kampftags fortzusetzen und zu intensivie-
11 ren. Zuletzt wollen wir auch eruieren, wie wir uns am geplanten Frauen*streik im kommenden Jahr
12 beteiligen wollen.

13 Im letzten Jahr haben wir gemeinsam ein feministisches Neumitgliederkonzept erarbeitet und auf un-
14 serer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Sommer beschlossen. An den dort festgehaltenen
15 Punkten orientieren wir uns auch im kommenden Jahr, ob das beim PoliTisch, bei der Neumitglieder-
16 werbung oder unseren anderen Veranstaltungen ist. Gleichzeitig werden wir das Konzept nach einer
17 Erprobungszeit evaluieren und Verbesserungen diskutieren.

18 Den etwas zum erliegenden gekommenen Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrati-
19 scher Frauen wollen wir bei unserer Gleichstellungsarbeit wieder verstärkt pflegen und mit der neuen
20 Vorsitzenden Möglichkeiten zur Kooperation ausloten.

21 **f) Öffentlichkeitsarbeit**

22 Im letzten Jahr haben wir die Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Münster auf ein neues Niveau heben kön-
23 nen. Auf unserer Homepage sowie in sozialen Netzwerken sind wir in unterschiedlichsten Formen aktiv
24 und sichtbar gewesen. Besonders erfolgreich und in dieser Form noch nie dagewesen, war unsere
25 letztjährige Präsenz in den Printmedien. So hat eine Vielzahl unserer Pressestatements Eingang in die
26 Berichterstattung gefunden. Das wollen wir im kommenden Jahr weiterführen. Das wird auch nötig
27 sein, denn während der Kommunalwahl wird in unserer Außendarstellung und auch der Onlinewahl-
28 kampf von großer Bedeutung sein. Außerdem wollen wir unsere verschiedenen (Social Media) Kanäle
29 evaluieren und auf der Grundlage dieser Evaluation intensiver als bisher regelmäßig pflegen. Die Be-
30 werbung unserer PoliTische als Facebook-Veranstaltungen hat sich beispielsweise als gewinnbringend
31 herausgestellt, weswegen wir diese fortsetzen werden.

1 Bei unserer Öffentlichkeitsarbeit sind wir besonders darauf bedacht, alle Menschen anzusprechen und
2 bemühen uns daher verstärkt auch in diesem Bereich Barrieren abzubauen etwa durch Öffentlichkeits-
3 arbeit für Menschen mit Sehbehinderungen. Weiterhin bemühen wir uns, in unserem Handeln nicht
4 nur gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen aller Art vorzugehen, sondern auch ge-
5 zielt Betroffene davon zu überzeugen, sich mit uns als Jungsozialist*innen oder Verbündete für unsere
6 Ziele einzusetzen. Generell wollen wir – nicht nur in der Öffentlichkeitsarbeit – unsere Bubble verlassen
7 und mehr Menschen außerhalb unseres Dunstkreises dafür begeistern mit den Jusos Münster, die Welt
8 etwas besser zu machen.

9 **III. MÜNSTER JUNGSOZIAL!**

10 *Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus, sowie*
11 *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen sie mit Leben. Wir sind*
12 *ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden*
13 *alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine Welt zu kämpfen, die unsere ist.*

A2 Hauptsache dem Kind geht es gut? – Für mehr Selbstbestimmung der Frau* bei der Geburt

1 Nein heißt Nein! Und zwar auch im Kreißsaal. Von Freund*innen und Bekannten entsteht immer mehr
2 der Eindruck, dass die Geburt zu einem traumatisierenden Erlebnis für werdende Eltern werden kann.
3 Statistiken sprechen davon, dass in Deutschland etwa 40 bis 50 Prozent der Mütter von psychischer
4 und/oder körperlicher Gewalt bei der Geburt betroffen sind. Auch die WHO hat sich bereits dem
5 Thema angenommen und dennoch gibt es zu wenig mediale und politische Aufmerksamkeit für das
6 Thema. Doch warum eigentlich? Ist doch die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen entwe-
7 der selbst oder indirekt von dem Thema Geburt betroffen. Es wird viel über fehlende Kita-Plätze, steu-
8 erliche Förderungen von Familien oder Herdprämien diskutiert, aber auf den Sektor der Geburt kommt
9 niemand zu sprechen. Vielleicht, weil dann deutlich würde, dass die Zustände auf den Geburtsstatio-
10 nen in einigen Gegenden katastrophal sind. Bemühungen, dem demografischen Wandel entgegenzu-
11 wirken, laufen ins Leere, solange ein Gesundheitssystem aufrechterhalten wird, das den Ursprung, die
12 Geburt eines Kindes, erschwert.

13

14 Das deutsche DRG-System und strukturelle Probleme

15 In Deutschland gilt seit 2003 ein Klassifikationssystem, bei dem bestimmte Krankenhausfälle diagno-
16 sebezogenen Fallgruppen zugeordnet und dementsprechend abgerechnet werden. Kurzum: das G-
17 DRG-System (engl. Abkürzung für *German Diagnosis Related Groups*). In der Theorie klingt an diesem
18 System erstmal alles ganz logisch und fair. Das Budget einer Klinik berechnet sich nach der Anzahl sei-
19 ner Patient*innen und dem Aufwand der Behandlung. So sollen faire Wettbewerbsbedingungen zwi-
20 schen den Kliniken geschaffen werden und sich leistungsfähige Kliniken am Ende durchsetzen. Alles
21 natürlich mit dem Ziel eine gleichmäßige und hohe Qualität der Versorgung zu günstigen Preisen zum
22 Wohl der Patient*innen herauszubilden. Dass der klinische Alltag oftmals anders aussieht und Kliniken
23 völlig überlastet sind, zeigt sich in zahlreichen Berichten von Ärzt*innen und Klinikpersonal.

24 Der Vorrang ökonomischer Ziele und ein marktgerechtes Verhalten zwingt Kliniken Kosten beständig
25 zu senken, um noch effizienter zu wirtschaften. Abläufe werden vereinfacht, verbilligt und es wird am
26 Personal gespart. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Missachtung von fachlichen Standards und Patient*in-
27 nen für die wenig Zeit bleibt, sind die Folge. Besonders der pflegerische und therapeutische Personal-
28 schlüssel wird stark abgesenkt. Die zunehmende Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Klinik
29 und Gesundheitswesen verändert die Ärzt*in-Patient*in-Beziehung. Auch der deutsche Ethikrat äu-
30 ßerte sich bereits zu dem Thema und sieht das Patient*innenwohl in Gefahr. Durch das Fallpauschal-
31 lensystem werden Fehlanreize geschaffen, was dazu führt, dass gut organisierte und stark speziali-
32 sierte Fachkliniken mit planbaren Behandlungen und mit wenig Notfallbehandlungen an Personal und

1 Lohn sparen und ihre Patient*innen stark selektiv auswählen können. Dadurch können sie deutlich
2 höhere Gewinne erwirtschaften. Ökonomisch unattraktive Fachabteilungen wie die Geburtshilfe wer-
3 den abgebaut. Nach Angaben der Bundesregierung ist die Anzahl der Kliniken, die eine Geburtsstation
4 führen, von 880 im Jahre 2006 auf 690 im Jahr 2016 gesunken. Trend anhaltend. Die Vergütungsweise
5 im Fallpauschalensystem belohnt medizinische Eingriffe. Wird versucht diese zu vermeiden, was sich
6 ja gerade bei der Geburt die meisten Frauen* wünschen, gibt es weniger Geld. Die Präsenz von einem
7 fachkundigen Team und viel Aufmerksamkeit für die Gebärende sind letztlich die hohe Kunst in der
8 Geburtshilfe, aber finanziell unattraktiv. Ein kurzes Rechenbeispiel verdeutlicht das ganz deutlich: Eine
9 ganz normale Geburt einer gesunden Mutter, die ein gesundes Kind am Termin zur Welt bringt, wird
10 mit ungefähr 2.000 Euro vergütet. Ein ganz normaler Kaiserschnitt bringt dagegen knapp 3.000 Euro.
11 Während jedoch der Kaiserschnitt im Regelfall nach 30 Minuten vollbracht ist, kann sich die vaginale
12 Geburt über 15 Stunden oder mehr hinziehen. Kaiserschnitte lassen sich so auch besser in den organi-
13 satorischen Ablauf von Kliniken integrieren.

14 Der Kostendruck trifft also besonders Geburtsstationen, denn das System schafft Anreize zur effizien-
15 ten Leistung. Umso komplizierter der Fall umso höher die Vergütung. So wird das Neugeborene schon
16 vor seiner Geburt zu einem Teil des Wirtschaftskreislaufs, ein Kreislauf, welcher auf Ertrag und nicht
17 auf Bedarf ausgelegt ist. Eine interventionsfreie Geburt lohnt sich wirtschaftlich gesehen nicht. So fin-
18 den nur noch 6 Prozent der Geburten ohne Eingriffe statt. Die Fokussierung auf die Technik, aus dem
19 Glauben es wäre besonders fortschrittlich und gut, stellt die Empfindungen der Frau* in den Hinter-
20 grund. Es geht darum Ressourcen, wie z.B. den OP-Saal optimal ausgelastet zu haben oder es wird
21 gezielt mit Mitteln zur Wehenförderung eingegriffen, um die Personaleinsparungen aufzufangen. Im
22 Vergleich zu Geburtshäusern, wo Geburten meist über 12 Stunden dauern, sind es in Kliniken bloß 8
23 Prozent.

24

25 **Der Markt regelt eben nicht alles zum Besten!**

26 Die Geburtsstationen sind überlastet. Es müssen ständig schwangere Frauen*, aufgrund von Personal-
27 engpässen an andere Kliniken verwiesen werden. Selbst unter Wehen und mit Voranmeldung. Ärzt*in-
28 nen beklagen, dass sie unter den derzeitigen Bedingungen die eigenen Ansprüche an die medizinische
29 Versorgung, eine patient*innenfreundliche Organisation und den Umgang mit Mitarbeiter*innen nicht
30 mehr gerecht werden können. Und die Lage spitzt sich mit weiteren Schließungen von Geburtsstatio-
31 nen immer mehr zu. Die Geburtshilfe ist aufgrund von strukturellen Problemen unterfinanziert. So
32 werden Frauen* nach der Geburt möglichst schnell wieder entlassen, denn Krankenhausbetten sind
33 teuer – und um die Nachsorge könnten sich ja eigentlich die Hebammen kümmern. Versicherte
34 Frauen* haben nämlich sowohl während der Schwangerschaft als auch 12 Wochen nach der Entbin-
35 dung ein Recht auf die Betreuung durch eine Hebamme. Wäre da nicht das nächste Problem, dass es

1 auch nicht genügend Hebammen gibt. So begeben sich schwangere Frauen* bereits mit dem Schwanger-
2 schaftstest in der Hand vergeblich auf Hebammensuche. Am meisten leiden darunter die Frauen*
3 aus sozial schwachen Regionen oder mit Migrationshintergrund. Durch unzureichende Kenntnisse
4 über eben dieses Recht auf Hebammenbetreuung haben sie das Nachsehen, da sie im Vergleich zu spät
5 mit der Suche beginnen und dann erfahren müssen, dass sie keine Hebamme mehr finden können, die
6 Zeit für sie hat. Der Hebammenmangel ist bereits bekannt und viel diskutiert. Die, durch den Gesund-
7 heitsminister Jens Spahn, geplante Akademisierung des Hebammenberufs wird von den Hebammen-
8 verbänden begrüßt, packt das Problem jedoch nicht an der Wurzel. Steigende Haftpflichtprämien und
9 zunehmende Bürokratisierung in der Geburtshilfe schrecken ab den Beruf überhaupt zu erlernen. Auch
10 die Entlohnung wird der zu tragenden Verantwortung nicht gerecht. So verdient eine freiberufliche
11 Hebamme, die im Krankenhaus im Schichtdienst arbeitet an einer Geburt 165,60€ (mit Nachtzuschlag
12 198,64€). Haftpflichtprämien haben sich von 2002 bis 2017 verzehnfacht. Wenn es bei einer Geburt
13 zum Beispiel zu Sauerstoffmangel und deswegen zu einer Behinderung des Kindes kommt, dann klagen
14 Renten- und Krankenversicherung den Schaden bei der Haftpflichtversicherung der Hebamme ein. Be-
15 trachtet man dann welchem Stress die Hebammen ausgesetzt sind, ist der Mangel nicht verwunderlich.
16 In anderen EU-Ländern wie beispielsweise Norwegen betreut eine Hebamme pro Jahr 35 bis 50 Ge-
17 burten. In Deutschland sind es hingegen 120 Geburten. Die Bundesregierung will einen Hebammen-
18 mangel offiziell nicht bestätigen. Mit der Einschätzung dürfte sie wohl allein dastehen.

19

20 **Was hat das mit der Selbstbestimmung der Frau* zu tun?**

21 Leidtragende von diesen strukturellen Problemen sind Frauen*. Dass die Situation der Geburt dabei
22 eine ganz besondere ist, wird sich im Folgenden zeigen. Gebärende haben erstmal ganz grundsätzlich,
23 wie alle Menschen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es muss klar sein, dass die Frauen*, die
24 Umstände, in denen sie ihr Kind zur Welt bringen wollen, frei wählen können. Dabei spielen Empathie,
25 Respekt und das Gefühl wirklich gesehen und ernst genommen zu werden eine große Rolle. Die Frau*
26 befindet sich in einer der anstrengendsten und schmerzhaftesten Phasen ihres Lebens und ist vollstän-
27 dig auf die Hilfe von Anderen angewiesen. Wie kann es da verantwortet werden, dass sie übergangen,
28 gedrängt oder Entscheidungen gegen ihren Willen getroffen werden. Die Geburt wird dann trauma-
29 tisch, wenn Frauen* nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen oder über medizinische Vorhaben un-
30 zureichend oder gar nicht informiert werden. Es geht darum, dass sie gestärkt aus dem Geburtsprozess
31 hervorgehen kann, denn es geht eben nicht nur um die Gesundheit des Kindes. Jedoch sind sich be-
32 sonders bei einer ersten Geburt Frauen* unsicher was normal ist und wie ihre Rechte aussehen. Das
33 Thema Gewalt in der Geburtshilfe ist schambelastet. Viele Frauen* wollen nicht als überempfindlich
34 abgetan werden und sind so machtlos ihrer Situation und den Schmerzen ausgeliefert. Berichte von
35 zahlreichen Betroffenen, vor allem im Zuge der *Roses Revolution*, zeigen, dass es sich nicht um

1 Einzelfälle handelt. Gewalt zeigt sich hier in den unterschiedlichsten Formen. Sie berichten davon, wie
2 sie angeschrien, beschimpft oder unter Druck gesetzt wurden, ihnen das Essen oder Trinken verboten
3 oder Gebärende unter der Geburt im Kreißsaal allein gelassen wurden. Auch physische Gewalt ist ein
4 Thema und vor allem in einer so intimen Situation für Frauen* traumatisierend. Auch wenn es strittig
5 ist, ob hier von sexueller Gewalt gesprochen werden kann, ist es doch fragwürdig, wenn die ver-
6 schiedensten Menschen unter Stress und teilweise ohne medizinische Indikation ständig den Mutter-
7 mund ertasten, aufgrund von Zeitmangel Dammschnitte getätigt werden oder über den meist von Be-
8 ginn an gelegten Venenzugang Medikamente ohne Einverständnis verabreicht werden. Auch das Fest-
9 schnallen der Beine oder der Zwang das Kind in Rückenposition zu gebären schneidet die Freiheit der
10 Frauen* ein. Diese völlig tabuisierte Gewaltform zeigt ein tiefgehendes, gesellschaftliches Problem. Sie
11 zeigt die Zusammenhänge auf zwischen der stiefmütterlichen Behandlung der Geburtshilfe im Gesund-
12 heitssystem, einer noch immer vorhandenen Frauen*feindlichkeit in unserer Gesellschaft und aktuel-
13 len politischen Vorgängen. Qualitätsmerkmal muss in Kliniken sein, dass eine Frau* die Zeit bekommt,
14 die sie benötigt und jederzeit ernst genommen wird! Eingriffe, die medizinisch notwendig sind, sollen
15 und müssen natürlich durchgeführt werden, aber die wenigsten Eingriffe sind so akut, dass einem nicht
16 kurz die medizinische Notwendigkeit erklärt werden könnte. Und auch die Beschleunigung der Geburt
17 ohne Not stellt per se keinen Gewaltakt dar, so passiert dies auch im Sinne der Frauen, aber wie schon
18 deutlich wurde, wird jeder Tropf, jede Naht, jeder Schnitt extra bezahlt und das darf in der Geburtshilfe
19 nicht sein.

20 Eine Frau, die von einer Geburtserfahrung traumatisiert ist, die vielleicht keine Nachsorgehebamme
21 mehr findet, taucht in keiner Statistik auf. Die Qualität der Geburtshilfe wird anhand von Mortalitäts-
22 statistiken gemessen. Doch Folgeschäden, beispielsweise eine gestörte Mutter-Kind-Beziehung oder
23 psychische Probleme können dabei gravierend für Betroffene sein. Eine bessere Finanzierung von Ge-
24 burtsstationen würde ein besserer Personalschlüssel und so mehr Zuwendung für die Frauen* bedeu-
25 ten. Nur damit und mit der Enttabuisierung des Themas kann das Problem der Gewalt eingedämmt
26 werden.

27

28 **Zusammenfassung**

29 Wie der Antrag gezeigt hat, liegen dem Thema der Gewalt gegen Frauen* bei der Geburt strukturelle
30 Probleme zugrunde. Das G-DRG-System benachteiligt ökonomisch ineffektivere Sektoren wie die Ge-
31 burtsstationen und sorgt so dafür, dass unterschiedliche Patient*innengruppen in Konkurrenz zuei-
32 nanderstehen. Das darf aus einer jungsozialistischen Perspektive nicht sein! Es braucht eine gemein-
33 wohlorientierte Daseinsvorsorge, die das deutsche Fallpauschalensystem durch eine wissenschaftli-
34 che, integrierte Bedarfsplanung auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene unterstützt. Das ist
35 dringend nötig, damit nicht noch mehr Geburtsstationen geschlossen werden. Um eine gerechte

1 Geburtshilfe mit genügend Wertschätzung für die Gebärenden zu garantieren, muss der Personal-
2 schlüssel für Geburtsstationen anders berechnet werden. Denn ein zu hohes Arbeitspensum führt zu
3 einem unachtsamen Umgang mit Patientinnen. Außerdem muss das Thema von physischer und psy-
4 chischer Gewalt in der Geburt enttabuisiert werden und Frauen* in der Gesellschaft endlich ernstge-
5 nommen werden. Oftmals wird die Problematik auch von betroffenen Frauen* schöngeredet oder ver-
6 drängt, weil der Eingriff mit etwas Positivem – der Geburt des eigenen Kindes – endet.

7 Deshalb fordern wir:

- 8 • Eine andere Berechnung von Fallpauschalen in der Geburtshilfe (u.a. darf das Kostengewicht
9 für einen Kaiserschnitt nicht höher sein als für eine natürliche Geburt). Grundsätzlich fordern
10 wir die Ersetzung oder eine grundlegende Reform des Fallpauschalensystems.
- 11 • Gewährleistung einer kontinuierlichen 1:1 Betreuung der Frauen* durch eine Hebamme.
- 12 • Die angemessene Vergütung von Geburtshelfer*innen.
- 13 • Gewährleistung von wohnortnaher Versorgung von Frauen* vor allem auf dem Land (max. 40
14 Minuten Anfahrt).
- 15 • Abbau hierarchischer Strukturen in Kliniken. (Auch um Hebammen ein besseres Standing zu
16 verschaffen.)
- 17 • Eine Lösung für die Problematik der Haftpflichtversicherungsprämien der Hebammen durch
18 beispielsweise die Einrichtung eines Haftungsfonds.
- 19 • Frauen*, die bereits von sexualisierter Gewalt betroffen waren, bedürfen einer besonderen
20 Betreuung während der Geburt.
- 21 • Recht auf Information, informierte Zustimmung beziehungsweise Ablehnung sowie Achtung
22 von Entscheidungen und Präferenzen, einschließlich des Rechts auf Unterstützung durch eine
23 Person der Wahl, sofern dies möglich ist.
- 24 • Das Garantieren einer individuellen und angemessenen medizinischen Behandlung.
- 25 • Einrichtung einer Institution, bei der medizinisches Personal/Hebammen/Ärzt*innen Miss-
26 stände, aber auch betroffene Frauen* ihre Erlebnisse (fehlende Betreuung/Aufklärung, Trau-
27 matisierung) anonym melden können.

A3 Wie wir gendern wollen

1 Dass wir bei den Jusos Münster gendergerechte Sprache nutzen, stand und steht für uns außer Frage.
2 Für uns ist klar, dass Sprache Realitäten konstruiert. Wenn wir mit unseren Veranstaltungen und un-
3 serer Öffentlichkeitsarbeit also alle ansprechen wollen, dann ist die gendergerechte Sprache unser be-
4 vorzugtes Mittel der Wahl. Gleichwohl darüber Einigkeit besteht, dass wir das Gendersternchen (*)
5 nach unserem Beschluss 2016 gemeinsam nutzen, wurde im vergangenen Jahr auch klar, dass wir un-
6 terschiedliche Vorstellungen davon haben, wofür es steht. Um auch in dieser Hinsicht einen Konsens
7 zu finden, beschäftigten wir uns auf einem Wochenendseminar und einer eigenen Abendveranstaltung
8 mit der Frage, wer mit dem Gendersternchen eigentlich gemeint sein soll. Der vorliegende Antrag ent-
9 stand aus den Diskussionen dieser Veranstaltungen.

10 The best of both worlds

11 Wir bekennen uns deutlich zum Dualismus aus materialistischem Feminismus und Queerfeminismus.
12 Für uns ist klar: Das Patriarchat endet nicht mit dem Kapitalismus und ein rein materialistischer Ansatz
13 klammert all jene aus, die sich dem binären Geschlechtersystem nicht zuordnen können oder wollen.
14 Um diese Personen zu berücksichtigen und das Binäre System generell in Frage zu stellen, benötigen
15 wir den Queerfeminismus. Fest steht jedoch auch: Ein rein Queerfeministischer Ansatz kann nicht al-
16 leinige Grundlage unseres feministischen Kampfes sein! Nur der materialistische Feminismus schafft
17 es nämlich, dass das politische Subjekt Frau* anerkannt wird. Unsere Empowermentarbeit orientiert
18 sich klar an dieser Erkenntnis, unsere Kritik am starren Geschlechtersystem wiederum am Queerfemi-
19 nismus. Unser Feminismus versteht sich folglich als eine Kombination aus materialistischem Feminis-
20 mus und Queerfeminismus.

21 Still loving *

22 Aus dieser feministischen Verortung folgt für uns das Bekenntnis zum Gendersternchen (*) als Markie-
23 rung der Ablehnung einer binären Geschlechterordnung an sich, aber eben auch die Notwendigkeit
24 Frauen als politisches Subjekt auch als solche in der politischen Debatte zu benennen und durch Spra-
25 che sichtbar zu halten.

26 Gleichzeitig bedarf es einer Klarstellung, hinsichtlich der Frage, welche geschlechtlichen Identitäten
27 abseits der Binarität das Sternchen inkludiert bzw. inkludieren soll. Generell muss gelten, dass eine
28 Zuordnung letztendlich nur durch die selbstbestimmte Entscheidung einzelner geschehen kann. Aus-
29 legungen etwa, die durch das Gendersternchen auch per se Transpersonen mit gemeint sehen, stützen
30 sich (teils unbewusst) auf die Annahme, diese Transpersonen seien nicht im binären Geschlechtersys-
31 tem wiederzufinden. Diese Annahme stellt sich jedoch als transfeindlich heraus, bedenkt man, dass es

1 gerade für (die meisten) Transmänner und Transfrauen essentiell ist, sich selbst einem binären Ge-
2 schlecht zuzuordnen und die Anerkennung ihrer Selbstverortung auch im Sprachgebrauch anderer zu
3 erfahren.

4 Das Gendersternchen inkludiert somit all jene Menschen, die sich aus sich selbst heraus bewusst weder
5 als Frau noch als Mann identifizieren und bezeichnet wissen wollen. Für wen dies letztlich gilt, kann
6 nur schwerlich abschließend geregelt sein, etwaiges ist aber auch gar nicht vonnöten.

7 Teil unserer Diskussion war die Frage, wofür das Sternchen steht, sobald es nicht mehr als inkludieren-
8 der Einschub in Gruppenbezeichnungen (z.B. Schüler*innen) genutzt wird, sondern am Ende eines eine
9 geschlechtliche Identität bestimmendes Substantiv steht (z.B. Frauen*).

10 Hier fanden sich zwei widerstreitende Positionen: Einerseits könnte man das Gendersternchen in die-
11 sen Zusammenhängen als ein Symbol dafür deuten, dass die mit ihm versehene geschlechtliche Be-
12 zeichnung ein gesellschaftliches Konstrukt ist, nichts feststehendes also, sondern etwas variables und
13 fluides. Der Genderstern könnte dann sowohl hinter Frau bzw. Frauen als auch hinter Mann bzw. Män-
14 ner gesetzt werden, sofern von einer nicht näher bestimmten Person(-engruppe) die Rede ist. Ande-
15 rerseits gibt es auch Deutungen, die das Sternchen als einen Hinweis auf die Marginalisierung von allen
16 als weiblich gelesenen Geschlechtsidentitäten verstanden wissen wollen. Das Sternchen soll in diesem
17 Fall die spezielle patriarchale Marginalisierung von weiblich gelesenen Menschen markieren. Eine Set-
18 zung hinter "Mann" bzw. "Männer" als die nicht primär vom Patriarchat marginalisierte Gruppe, wäre
19 durch diese Deutung ausgeschlossen.

20 In den Diskussionen, welche wir im Verband geführt haben, hat sich gezeigt, dass dieser Deutungskon-
21 flikt für uns nicht aufzulösen ist, dass es aber einer Festlegung auf eine der beiden qua Verbandsbe-
22 schluss auch gar nicht bedarf. Jede*r einzelne sollte diese Frage eigenständig für sich selbst beantwor-
23 ten und entsprechend auf seinen*ihren Sprachgebrauch anwenden können.

24 In unseren Diskussionen wurde jedoch sehr wohl deutlich, dass das Gendersternchen bei Substantiven,
25 die Personen meinen (bsp. Lehrer*innen) immer unser bevorzugtes Mittel der Wahl ist. Deshalb wol-
26 len wir auch in Zukunft nur Anträge aufrufen, die mit dem * gegendert sind und in unserer Öffentlich-
27 keitsarbeit darauf achten, dass unsere Sprache niemanden exkludiert.

28 Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass eine einheitliche Form alle in Verband und Partei empowert
29 gendergerechte Sprache zu nutzen und sie auch korrekt zu benutzen. Ein Wirrwar von verschiedenen
30 Möglichkeiten ist besonders für unsere Öffentlichkeitsarbeit nicht wünschenswert.

31 Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch die höheren Gremien unseres Verbandes und un-
32 serer Mutterpartei Beschlüsse fassen, die sich zu einer einheitlichen Form des Genderns bekennen.

1 Dabei erheben wir jedoch nicht den Wahrheitsanspruch und geben vor, wie diese genderechte
2 Sprache genau aussehen muss. Die in diesem Antrag aufgezeigte Konfliktlinie um das Verständnis des
3 Gendersternchen zeigt auf, dass die genaue Interpretation dem*r einzelnen obliegen sollte. Als politi-
4 scher Akteur ist unser Verband jedoch in einer öffentlichen Stellung, die ein Öffentlichkeitskonzept
5 verlangt, dass sich klar für eine Form entscheidet um Verwirrung und Unterschiede zu vermeiden.

6 Auch die Debatte in unserem Unterbezirk soll nicht zum Erliegen kommen. Neue Formen der gender-
7 gerechten Sprache und neue Erkenntnisse sollen immer wieder zur Diskussion gestellt werden, um am
8 Puls der Zeit zu bleiben. Als feministischer Richtungsverband gehört dies zu unseren Aufgaben.

A4 Sehen ist kein Luxus

1 Im Jahr 1883 wurde in Deutschland die Krankenkasse auf staatlicher Grundlage eingeführt, die der
2 gegen Lohn angestellten Bevölkerung neben freier ärztlicher Behandlung, freien Arzneien und einem
3 Sterbegeld auch ein Recht auf Sehhilfen zusicherte. Dem Geist der Zeit war es zuzuschreiben, dass
4 dieses Angebot nur selten in Anspruch genommen wurde, dennoch bedeutete dieser Schritt die Aner-
5 kennung des Rechts darauf die Umgebung visuell wahrnehmen zu können. Dieses Recht wurde 2003
6 augenscheinlich als zu umfassend aufgefasst, sodass seitdem Brillen nur dann übernommen werden,
7 wenn die betroffene Person mit Sehhilfe maximal 30% Sehstärke auf dem besseren Auge hat. Demnach
8 erhalten Menschen, die ohne Sehhilfe kaum etwas sehen können, mit Brille aber eine Sehstärke von
9 über 30% erhalten können, keine Bezuschussung. Diese Regelung wurde im Jahr 2016 relativiert, so-
10 dass auch Menschen die Kosten ihrer Brillengläser erstattet bekommen, die mehr als sechs Dioptrien
11 oder eine Hornhautverkrümmung und zusätzlich mehr als vier Dioptrien haben.

12 Seit dem letzten Jahrhundert ist die Zahl Brillen tragender Menschen stark angestiegen. Dies hat viel-
13 fältige Gründe: Die gesellschaftliche Akzeptanz hat zugenommen, durch die alternde Bevölkerung hat
14 ein größer werdender Teil der Bevölkerung altersbedingt Sehstärke eingebüßt, die vermehrt vorkom-
15 mende Bildschirmarbeit schadet den Augen und durch bessere Diagnostik wird ein Bedarf nach einer
16 Sehhilfe früher erkannt. Unabhängig von diesen Gründen ist jedoch klar, Brillen sind Teil des täglichen
17 Lebens vieler Menschen, ein Bedeutungsverlust in naher Zukunft ist nicht absehbar und ein großer Teil
18 der Bevölkerung ist auf sie im Alltag angewiesen. Dennoch müssen die meisten Menschen beim not-
19 wendigen Erwerb einer neuen Sehhilfe eine finanzielle Belastung eingehen.

20 Schon ab einem Visus von 70 oder 0,5 Dioptrie darf man aus rechtlichen Gründen keine Kraftfahr-
21 zeuge fahren, gleichzeitig können Betroffene ohne Sehhilfe kaum an Veranstaltungen teilnehmen, bei
22 denen auf Folien zugegriffen wird und die Tafel in der Schule kann zum Problem werden. Zusammen-
23 gefasst sind Menschen mit Sehschwäche auf Sehhilfen angewiesen um an Schule, Studium, Arbeits-
24 sowie gesellschaftlichem Leben vollumfänglich teilnehmen zu können. Durch die gegenwärtige Zu-
25 schussbegrenzung werden finanziell schwächere Menschen aufgrund einer körperlichen Beeinträchti-
26 gung strukturell benachteiligt. Diese Menschen werden vor die Wahl gestellt, sich finanziell zu belasten
27 oder alternativ nicht uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Das stellt ei-
28 nen Zustand dar, der mit einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft nicht vereinbar ist.

29 Das Ganze ist auch aus einer feministischen Perspektive problematisch. Der Anteil von Frauen* die
30 Brillen tragen ist mit fast 60% deutlich höher als der Anteil der Brillenträger*. Bedenkt man dabei, dass
31 erschwerend hinzukommt, dass Frauen* in der Regel ein geringeres Gehalt erhalten, wird klar, dass
32 sie durch die fehlende Unterstützung in Relation stärker belastet werden als Männer*.

1 Diese Ungerechtigkeiten ließen sich leicht beseitigen, würde die gesetzliche Krankenversicherung
2 Menschen mit Sehschwäche in dem nötigen Maße unterstützen. Die rechtliche Grenze, die das Bedie-
3 nen eines Kraftfahrzeugs auf bestimmte Sehstärken beschränkt, dient hierbei zu Orientierung, bis zu
4 welcher Sehstärke eine nahezu uneingeschränkte Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben noch mög-
5 lich ist.

6 Wir fordern daher:

- 7 - dass die Beschränkung, ab der die gesetzliche Krankenversicherung Brillengläser über-
8 nimmt auf einen Visus von 70 erhöht wird.
- 9 - dass die Beschränkung, ab der die gesetzliche Krankenversicherung Brillengläser über-
10 nimmt auf eine Brechungsstärke von 0,5 Dioptrie erhöht wird.
- 11 - dass Brillengestelle bis zu einem festen Höchstpreis bezuschusst werden, sofern ein An-
12 recht auf Erstattung der Brillengläser besteht.

A5 Antisemitismus und (Anti-)Feminismus

1 Dass wir Jusos uns als feministischer Verband auch mit den unschönen Seiten des feministischen Dis-
2 kurses auseinandersetzen müssen, gehört dazu. In der Vergangenheit haben wir uns erfolgreich gegen
3 die Exkludierung von Women of Colour und der LGBTQIA+-Community im Feminismus eingesetzt, eine
4 Perspektive jedoch sträflich vernachlässigt: Der Antisemitismus des Feminismus. Eine Auseinanderset-
5 zung mit eben diesem ist jedoch unabdingbar. Politik, die zwar für Gleichstellung und das Ende des
6 Patriarchats eintritt, gleichzeitig jedoch antisemitische Ressentiments schürt, darf von uns nicht mit-
7 getragen und kritiklos hingenommen werden. Als politische Kraft ist es viel mehr unsere Aufgabe diese
8 antisemitischen Strukturen und Tendenzen aufzudecken und zu bekämpfen. Zunächst bildet dieser
9 Antrag insofern einen Aufschlag der Kritik am Antisemitismus des Feminismus.

10 Sinnvoll ist aber auch die Auseinandersetzung mit der ideologischen Verflechtung von Antisemitismus
11 und Antifeminismus, wie sie vor allem in rechten Strukturen stattfindet. Auch diesem Anliegen will der
12 vorliegende Antrag gerecht werden, indem er die Anschlussfähigkeit und das Mobilisierungspotential
13 von rechten Gruppen anhand antisemitischer und antifeministischer Ressentiments aufzudecken ver-
14 sucht.

15 Die Debatte um Antisemitismus im Feminismus und die Verquickung von Antisemitismus und Antife-
16 minismus muss immer von uns Jungsozialist*innen bespielt werden. Denn unser Kampf um die Gesell-
17 schaft der Freien und Gleichen beinhaltet neben dem feministischen, immer auch den Kampf gegen
18 jeden Antisemitismus! Der vorliegende Antrag behandelt beide Themenfelder in einem, denn Antise-
19 mitismus stellt eine Ideologie dar, die Anschluss in allen politischen Debatten findet, ebenso wie der
20 Feminismus. Dass antisemitisches Denken und Handeln also auch im Zusammenhang mit (Anti-)femi-
21 nismus stehen kann, ist keine revolutionäre Erkenntnis, wohl aber eine notwendige.

22 Zum Antisemitismus im Feminismus

23 Wider die Kritiklosigkeit!

24 Natürlich spielt für uns Theoriearbeit eine wichtige Rolle. Um unseren jungsozialistischen Feminismus
25 zu verorten und an der politischen, wie zivilgesellschaftlichen Debatte kompetent Teil haben zu kön-
26 nen, reicht es für uns nicht, die leere Forderung nach dem Ende des Patriarchats zu stellen. Wir Jusos
27 haben eine detaillierte Vorstellung davon, wie dieses Ziel genau zu erreichen ist und scheuen uns in
28 diesem Zusammenhang auch nicht davor die Auseinandersetzung mit feministischer Theorie zu su-
29 chen. Für uns ist das Spannungsfeld des materialistischen Feminismus und des Queerfeminismus nicht
30 abschreckend, sondern eine Chance. Teil unseres Bildungsauftrags ist auch immer, diese beiden, für
31 den Feminismus so wichtigen Theorien, ständig neu zu diskutieren und die für uns wichtigsten Punkte

1 in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen. Der vorliegende Antrag versteht sich explizit nicht als
2 Positionierung innerhalb dieses Spannungsfeldes. Vielmehr möchte er den Umgang auch unseres Ver-
3 bandes mit antisemitischen Feminist*innen und ihrer (theoretischen sowie aktivistischen) Arbeit in die
4 Debatte einfügen.

5 Gerade im Queerfeminismus sind antisemitische Stimmen laut. Kritik an diesem antisemitischen Akti-
6 vismus ist zwar nichts neues, wird aber häufig abgetan. So bezeichnete etwa Aleida Assman Vorwürfe
7 gegen Judith Butler, Begründerin der Queertheorie, als "Nebelbombe"¹. Diese Nebelbombe solle dabei
8 lediglich verhindern, die Probleme, die Butler mit ihrer Theorie aufwirft, zu diskutieren. Schnell ent-
9 kräften lässt sich dieser Vorwurf insofern er selbst die mangelnde Kritikfähigkeit der betreffenden Per-
10 sonen offenbart und eben nicht aus antifeministischer Richtung gestellt wird, wie es etwa Assman im-
11 pliziert.

12 Auch das Argument, jüdische Feminist*innen wie Butler könnten nicht antisemitisch sein, kann keine
13 adäquate Antwort auf den Antisemitismusvorwurf sein. Genauso wie Menschen mit Migrationsge-
14 schichte rassistisch und Frauen* sexistisch agieren können, können jüdische Menschen antisemitische
15 Argumentationsmuster bedienen. Auch die Sichtweise, emanzipatorisches Engagement sei unverein-
16 bar mit Antisemitismus offenbart sich als substanzlos, betrachtet man Feminist*innen wie Angela Da-
17 vis, die sich wiederholt gegen das Existenzrecht Israels positioniert und dies dabei immer mit ihrer
18 Solidarität mit Palästinenser*innen begründet und zu rechtfertigen versucht.

19 Häufig angebracht, aber niemals richtig, kann ebenso die Anmerkung sein, dass die deutsche Linke eine
20 Ohnmacht gegenüber Israel entwickelt habe, und zwar aufgrund der deutschen Schuld, der Shoah.
21 Laurie Penny etwa brachte dieses Argument an, um auf Vorwürfe aufgrund ihrer Solidarität mit der
22 BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) Bewegung zu reagieren. Von einer solchen Ohnmacht kann
23 jedoch auf keinen Fall die Rede sein. Nicht nur, dass sich auch in der deutschen Linken antisemitische
24 und antiisraelische Ressentiments und Politiken en masse finden. Darüber hinaus ist legitime Kritik an
25 einzelnen israelischen Politiker*innen und Politiken mit Nichten gleichzusetzen mit Antizionismus und
26 Antisemitismus, wie ihn Aktivist*innen wie Penny und Butler betreiben. Die Vorstellung vieler antise-
27 mitisch aktiver Feminist*innen beruht auf der Einstellung, Feminismus müsse immer denen helfen, die
28 unterdrückt werden, wie bspw. Frauen* im Patriarchat. Diese Vorstellung wird häufig unterkomplex
29 auf den Nahostkonflikt übertragen und die Palästinenser*innen als die Unterdrückten gegenüber den
30 Israelis wahrgenommen. Aus dieser Wahrnehmung speist sich häufig dann das Engagement in der BDS
31 Bewegung.

¹ <https://taz.de/!5084212/>

1 Unsere jungsozialistische Position muss sein, dass auch Glanzfiguren des feministischen Diskurses nicht
2 erhaben gegen jedwede Kritik sein können, nur weil sie mit ihren feministischen Theorien neue Maß-
3 stäbe im Kampf gegen das Patriarchat setzen. In diesem Zusammenhang ist auch ein kritischer Umgang
4 mit den führenden Aktivist*innen des Women's March aus den USA angebracht: Die Feminist*innen
5 Linda Sarsour, Carmen Perez und Tamika Mallory unterstützen den BDS, zeigten sich wiederholt nicht
6 gewillt, sich von diesem zu distanzieren und pflegen Verbindungen mit dem Antisemiten Louis
7 Farrakhan. Ein Kampf um Gleichberechtigung, der Jüd*innen ausschließt, ist kein solidarischer, also
8 auch kein jungsozialistischer. Diese Kritik zeigt dabei ganz deutlich: Nicht nur in der feministischen
9 Theoriearbeit ist eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus nötig, auch in Bündnissen. Dabei finden
10 sich antisemitische Tendenzen und Akteur*innen nicht nur im US-amerikanischen Aktivismus. Auch
11 breite zivilgesellschaftliche Bewegungen und Bündnisse in Deutschland wie #Ausnahmslos und Unteil-
12 bar müssen sich dieser Kritik ausgesetzt sehen.

13 Antizionismus ungleich Antisemitismus?

14 Nicht nur im Umgang mit dem Vorwurf des Antisemitismus im Feminismus kommt häufig die Erklärung
15 auf, es handele sich nicht um Antisemitismus, sondern lediglich um Antizionismus und damit 'legitime
16 Israelkritik'. Doch was impliziert diese Abgrenzung des Antisemitismus zum Antizionismus als 'legitime
17 Kritik' am State Israel? Vor allem, dass eine Unterstützung einer Kampagne wie der BDS Bewegung,
18 wie sie Butler, Sarsour, Penny und co. betreiben, 'legitim' und damit nicht zu kritisieren sei. Dass wir
19 Jusos den BDS jedoch als zutiefst antisemitisch identifiziert haben, ist keine neue Erkenntnis. Unver-
20 einbar ist für uns eine Solidarität mit dem BDS und unserer Solidarität mit Israel. Eine Bewegung die
21 öffentlich das Existenzrecht des einzigen jüdischen Staates und der einzigen Demokratie im Nahen Os-
22 ten abspricht, ist niemals 'legitim'. Wer auch immer die Augen davor verschließt, akzeptiert wissentlich
23 eine Bewegung, deren Aktivist*innen sich immer wieder in Vernichtungsphantasien gegenüber Israel
24 und dem Judentum verlieren.

25 Auch jenseits des BDS muss man antisemitische Ideologie von Kritik an einzelnen israelischen Politi-
26 ker*innen und Politiken abgrenzen. Eine 'Kritik', die sich pauschal gegen Jüd*innen oder Israel richtet,
27 ist weder fundiert noch kann sie sich dem Antisemitismusvorwurf erwehren. Deutlich wird, dass es
28 sich bei den in diesem Antrag kritisierten Feminist*innen eben nicht nur um legitime Kritiker*innen
29 des israelischen Staates handelt, wenn man bedenkt wie sie diese Kritik formulieren und wie sie sich
30 für Kritik an anderen Staaten einsetzen. Zu letzterem Punkt fällt vor allem auf: Dies tun sie entweder
31 gar nicht oder in einer anderen Vehemenz. Die 'Kritik', wie sie am israelischen Staat angebracht wird,
32 wird mit den Rufen nach Boykott, Deinvestment und Sanktionen in einer Schärfe vorgebracht, wie sie
33 sich so in Bezug auf keinen anderen Staat wiederfindet. Wenn diese 'Kritik' dann auch noch Israel ähn-
34 liche Taten, wie die Grausamkeit der Shoah vorwirft, ist sie erst recht nicht legitim. Niemals kann eine

1 Barbarei wie die Shoah Vergleich für Ereignisse im Nahostkonflikt sein, stellt diese Art der Kritik doch
2 immer eine Relativierung eben dieser dar.

3 Die Feminist*in von der Aktivist*in trennen?

4 Dem Argumentationskniff, Feminist*innen von ihrem sonstigen politischen Engagement und Standing
5 zu trennen, ist eine klare Absage zu erteilen! Als Feminist*in ist man immer Aktivist*in und zwar im
6 gesamtgesellschaftlichen Sinne, denn der Feminismus ist ein Querschnittthema, das Anschluss in je-
7 dem anderen politischen und gesellschaftlichen Diskurs findet und auch finden soll. Außerdem stellen
8 gerade feministische Größen wie Butler oder die Popfeministin Penny, Personen mit großer öffentli-
9 cher Beachtung dar. Jedwedes andere aktivistische Engagement, das vermeintlich nicht unter der
10 Flagge des Feminismus geführt wird, ist untrennbar mit der Person, also dem*r Feminist*in verbunden.
11 Die Öffentlichkeit, die gerade prominente und im (feministischen) Diskurs gefeierte Akteur*innen er-
12 halten, erhalten sie zwangsläufig auch in ihrem antisemitischen Aktivismus.

13 Unsere jungsozialistische Kritik am antisemitischen Feminismus

14 Unsere Analyse der antisemitischen Strukturen und Tendenzen im Feminismus geht unseren Forde-
15 rungen voraus:

16 • Für uns stellt der Antisemitismus einen integrierenden Faktor in der antikapitalistischen, sowie
17 feministischen Szene dar. Kämpfer*innen gegen diesen Antisemitismus befinden sich zumeist
18 in der Unterzahl und sehen sich unfundierter Gegenkritik ausgesetzt. Wir Jusos stellen uns als
19 Teil dieser Kämpfer*innen solidarisch an ihre Seite. Dabei zeigen wir uns ebenso solidarisch
20 mit jüdischen Feminist*innen, die sich israelsolidarisch engagieren. Judith Butler und Laurie
21 Penny sind bei weitem nicht die einzigen Jüd*innen im feministischen Diskurs, häufig aber die
22 einzigen, die genannt werden. Dass sie Jüd*innen sind, ist aber vor allem immer dann von
23 Bedeutung für den Diskurs, wenn es darum geht, Kritik an ihrem Antisemitismus, abzuwehren.
24 Für uns ist klar: Zionismus und auch das Judentum sind mitnichten unvereinbar mit dem Femi-
25 nismus. Das zeigen uns jüdische Feminist*innen wie Debora Antmann.

26 • Unser feministischer Kampf ist immer der Kampf um die Gesellschaft der Freien und Gleichen.
27 Dabei denken wir immer das Engagement gegen jeden Antisemitismus mit. Deshalb ist für uns
28 kein unreflektiertes Nutzen von feministischen Texten und Positionen von bekannten antise-
29 mitischen Feminist*innen möglich. Antisemit*innen, BDS-Aktivist*innen und jene, die sich hin-
30 ter dem Argument des Antizionismus verstecken, können nicht Teil unseres feministischen
31 Kampfes sein. Natürlich wollen wir für unsere Bildungsarbeit keine Theorien auslassen, wenn

1 jedoch Texte von Antisemit*innen genutzt werden, dann soll dies immer mit einer gleichzeiti-
2 gen Auseinandersetzung ihres antisemitischen Aktivismus passieren.

3 • Scharf weisen wir Kritik wie die der “Nebelbomben“-Argumente zurück. Unser Kampf gegen
4 das Patriarchat ist für uns immer ein solidarischer, jedoch nicht mit beinharten Antisemit*in-
5 nen, die sich jeder Kritik verweigern. Wohl aber mit jenen, die sich in Bündnissen einbringen,
6 die zwar kein antisemitisches Programm verfolgen, in denen sich aber auch Antisemit*innen
7 einbringen. So zum Bsp. #Unteilbar. In diesen Bündnissen wollen wir uns soweit es möglich ist
8 einbringen, auch um die Kritiker*innen und das Sprachrohr zu sein, das den Antisemitismus im
9 Feminismus anspricht und nicht müde wird, dies zu tun. Teil dieses Auftrags ist natürlich auch
10 unsere Bildungsarbeit, die in der feministischen Debatte immer auch die Solidarität mit Israel
11 und Jüd*innen mitdenken muss.

12 • Doch wie kann die Zusammenarbeit mit Bündnissen, die für Emanzipation eintreten, die je-
13 doch Antisemit*innen in ihren Reihen zu ihren Unterstützer*innen zählen, aus jungsozialisti-
14 scher Sicht aussehen? Wichtig ist, sich in diesem Zusammenhang nicht durch die Angst vor
15 dem Ende solcher Bündnisse allein leiten zu lassen. Vielmehr muss es darum gehen, dass ein
16 Konsens gefunden wird, mit dem alle Akteur*innen leben können und der die gemeinsame
17 Arbeit zu einem übergeordneten Thema ermöglicht, ohne dass dabei antisemitische Ideologie
18 reproduziert wird. In vielen Bündnissen bereits durchgesetzt, sind dabei Kompromisse wie die
19 Einigung, auf den Einsatz von Nationalflaggen auf Demos zu verzichten. Mit solchen Kompro-
20 missen können wir leben, insofern sie für alle in gleichem Maße gelten, nicht jedoch, wenn sie
21 sich bspw. nur auf die israelische Flagge beziehen.

22 **Zum Zusammenspiel von Antifeminismus und Antisemitismus**

23 Die Antisemitische Ideologie

24 Angriffe auf Jüd*innen, Synagogen und jüdische Einrichtungen häufen sich. Nicht erst seit dem An-
25 schlag in Halle sollte klar sein: Jüdisches Leben ist (in Deutschland) bedroht, Jüd*innen erfahren An-
26 feindungen und Diskriminierung alltäglich. Dass es der Staat dabei nicht ausreichend schafft, dem er-
27 folgreich entgegenzuwirken, ist ein Armutszeugnis. Dass die Angriffe dabei zu einem großen Teil von
28 rechts kommen, könnte Teil des Problems sein. Schon lange kritisieren wir Jusos, dass der Verfassungs-
29 schutz, wie auch die Polizei die Gefahr von rechts mit dem Argument der linksextremen Gewalt wie-
30 derholt relativieren. Das blinde rechte Auge ist dabei auch in der Gesellschaft verbreitet. Dem stellen
31 wir Jungsozialist*innen uns deutlich entgegen!

1 Mit dem Verschieben des politischen, sowie gesellschaftlichen Diskurses nach rechts entstand auch
2 eine verschärfte Bedrohungssituation für Jüd*innen. Denn die antisemitische Ideologie ist noch immer
3 Grundstruktur und integrierender Punkt für rechte Strukturen. Dabei bedienen sich rechte Akteur*in-
4 nen jedoch auch Rassismus und Antifeminismus und erzeugen so Synergieeffekte, die letzten Endes
5 alle dazu führen, die antisemitische Ideologie weiter zu verbreiten.

6 Rassismus und Antifeminismus als Anknüpfungspunkt

7 Bei Rechtsextremist*innen wie aus Halle, Christchurch oder Oslo findet sich immer wieder ein ganz
8 bestimmtes ideologisches Netz, welches aus Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus geknüpft
9 wird. Gehandelt wird gemäß der Vorstellung, der Feminismus sei eine Erfindung des Weltbeherrschenden
10 Judentums und führe dazu, dass die Geburtenrate in der westlichen Welt zurück gegangen sei.
11 Dadurch käme es folglich zur 'Umvolkung' durch Migrant*innen. Deutlich wird in dieser perfiden Ver-
12 schwörungstheorie vor allem eins: Wenngleich Antifeminismus und Rassismus genutzt werden, alles
13 wird letztendlich auf antisemitisches Denken zurückgeführt. Der Kampf gegen Antisemitismus muss
14 also auch immer ein Kampf gegen rechts sein.

15 Interessant in diesem Zusammenhang ist jedoch die Erkenntnis, dass auch der Kampf gegen Antifemi-
16 nist*innen Potenzial für den Kampf gegen Antisemit*innen sein kann, bedenkt man, dass beides in
17 Kombination auftreten kann. Besonders bei den sogenannten INCELS (involuntary celibate) trifft
18 Frauen*hasse auf Antisemitismus und Rassismus. In der Bewegung wännen sich Männer* in der Vor-
19 stellung, sie hätten einen Anspruch auf sexuelle Befriedigung durch Frauen*, der ihnen unrechtmäßig
20 verwehrt bliebe. Der Hass auf Jüd*innen und auch Menschen mit Migrationsgeschichte ist dabei auch
21 kein seltenes Phänomen. Besonders in Internetforen tauschen sich die INCELS aus und stacheln sich
22 gegenseitig auf. Immer wieder verüben Mitglieder dieser eingeschworen Gemeinschaft auch Angriffe
23 auf die Gesellschaft, motiviert durch Frauen*hasse und Antisemitismus.

24 Der instrumentalisierte Feminismus - Die neue rechte Methode

25 Besonders die Neue Rechte bedient sich einem Antifeminismus, der ihren Antisemitismus und Rassis-
26 mus verschleiern soll und so ihr Mobilisierungspotential erhöht. Kampagnen etwa der Identitären Be-
27 wegung, die den Schutz von 'deutschen' Frauen* fordern, sind dabei angeblich feministische Aktionen,
28 die in Wahrheit jedoch aus rassistischen und antisemitischen Ressentiments heraus verübt werden.
29 Diese Aktionen als das zu enttarnen, was sie eigentlich sind, ist Aufgabe von uns Jusos. Wenn einzelne
30 Gruppen sich zusammenschließen, weil sie durch ihren gemeinsamen Antifeminismus, Rassismus und
31 vor allem Antisemitismus gemeinsame programmatische Aufstellung beziehen können und so auch in
32 der Gesellschaft eine breitere Zustimmungsläche darstellen, muss es die politische Linke sein, die
33 diese ganz spezielle Gefahr des rechten Spektrums enttarnt und bekämpft. Dass der Feminismus dabei

1 nur als Mittel zum Zweck gesehen und genutzt wird, um Antisemitismus und Rassismen zu verbreiten,
2 wird unserer jungsozialistischen Idee eines solidarischen und inklusiven Feminismus nicht gerecht.

3 Unser Umgang

4 Unsere Forderungen im Angesicht von Synergien durch die Vermischung von Antisemitismus, Rassis-
5 mus und Antifeminismus lauten daher:

- 6 • Wir erkennen die antisemitische Ideologie der Rechten und unser Kampf gegen sie richtet sich
7 immer auch gegen ihren Antifeminismus und Rassismus. Unser Feminismus ist immer ein in-
8 klusiver und versteht sich exklusiv als Gegenangebot zum rechten Diskurs und rechten 'Femi-
9 nismus'!
- 10 • Wir wollen die vollumfängliche ideologische Färbung rechter Gewalt stärker in unsere Öffent-
11 lichkeitsarbeit aufnehmen. Wenn Akteur*innen der inneren Sicherheit diese Aufgabe nicht
12 wahrnehmen, dann wollen weiterhin auf die Wichtigkeit dieser Aufgabe pochen. Deshalb set-
13 zen wir uns dafür ein, das Wissen um die vermehrten antisemitischen Angriffe in der Gesell-
14 schaft zu erweitern und wollen wo auch immer wir können über das Zusammenspiel von An-
15 tisemitismus, Antifeminismus und Rassismus aufmerksam machen.
- 16 • Antisemitisch motivierte Straftaten werden aus verschiedenen Gründen nicht ausreichend
17 durch Statistiken erfasst. Unter anderem ist ein Problem, dass bei Mehrfachdelikten nur der
18 Delikt mit der höchsten Strafandrohung in die Statistik aufgenommen wird. Dadurch entsteht
19 ein extrem verzerrtes Bild. Es liegt in unserem Interesse das Ausmaß der antisemitischen Straf-
20 taten besser zu erfassen. Eine Möglichkeit dies in Zukunft besser zu tun ist beispielsweise alle
21 bekannten Delikte aufzunehmen, auch jene, die bisher gestrichen werden, weil es sich um
22 Mehrfachdelikte handelt.
- 23 • Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie Internetforen wie die der INCELS in Zukunft besser
24 kontrolliert und geschlossen werden können. Dabei geht es keineswegs um eine Zensur, son-
25 dern schlicht und ergreifend darum, das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum werden zu
26 lassen, wenn es um antisemitische, rassistische und antifeministische Äußerungen und Aufrufe
27 geht.

A6 Pflegenotstand entgegenreten durch die Modernisierung der digitalen Infrastruktur in Senior*innen- und Pflegeheimen

1 Nicht erst seit gestern herrscht eine massive Problematik in der Alters- und Pflegeinfrastruktur in Nord-
2 rhein-Westfalen sowie in der gesamten alternden Bundesrepublik. Hohe Unkosten für die Senior*in-
3 nen, ihre Angehörigen und die Pflegekassen treffen auf eine massive Unterversorgung an Plätzen in
4 Pflegeheimen sowie auf eine eklatante personelle Unterbesetzung, die die Möglichkeiten, Senior*in-
5 nen ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen, massiv einschränken. Der in näherer Zukunft ab-
6 sehbarer steigende Bedarf an Pflegeeinrichtungen unterstreicht die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs
7 in einem Maße, dass auch uns als Jungsozialist*innen nicht die Augen verschlossen bleiben dürfen.

8 Zur Entlastung des Personals und der im individuellen Fall finanzierenden Stelle des konkreten Pflege-
9 platzes sowie zur Steigerung der Lebensqualität der Bewohner*innen fordern wir daher, die digitale
10 Ausstattung in Senior*innenheimen und in Pflegeheimen auszubauen und so die Pfleger*innen zeitlich
11 und emotional zu entlasten. Hierdurch soll das Pflegeangebot quantitativ und qualitativ steigen und
12 auch die Preise für einen Pflegeplatz durch die geringeren Personalkosten sinken. Insbesondere setzen
13 wir uns für folgende Neuerungen ein:

- 14 I. Durch die Einrichtung von **Sensormatten** und **Rufanlagen** kann Unfallfolgen vorgebeugt wer-
15 den. So wird hierdurch eine unverzügliche Kenntnisnahme der Pflegekräfte ermöglicht, wenn
16 die Senior*innen etwa stürzen oder Opfer anderweitiger Unfälle werden. Eine hierdurch
17 ermöglichte schnelle Hilfeleistung kann in vielen Fällen schwerere Folgen verhindern.
- 18 II. Es muss gewährleistet sein, dass die Bewohner*innen sowie die Pflegekräfte **Zugang zu einem**
19 **funktionsfähigen W-LAN** haben. Die aktuelle Bewohner*innengeneration konnte sich schon
20 teilweise an das Internet als Kommunikationsweg mit Angehörigen und/oder Freund*innen
21 gewöhnen; die zukünftigen Generationen werden die Nachfrage weiter verstärken. Gerade
22 den Bewohner*innen, deren Angehörige eine weite Anreise in Kauf nehmen müssen, wird
23 hierdurch ein Minimum an sozialer Teilhabe an der Außenwelt zugestanden.

A7 Für ein starkes Geschichtsforum

1 Hintergrund

2 Als die SPD-Führung im Jahr 2018 die Historische Kommission abschaffte, hagelte es zurecht von vielen
3 Seiten Kritik. Dennoch kann es nicht genug betont werden, wie richtig es war, mit dem Geschichtsfo-
4 rum der SPD ein neues geschichtspolitisches Gremium zu schaffen. Denn Geschichtspolitik ist nach wie
5 vor aktuell: DDR-Vergleiche haben Dauerkonjunktur, Relativierungen der NS-Zeit häufen sich in be-
6 drohlichem Ausmaß und Flüchtende werden auch als Ursache für den Untergang des historischen
7 Reichs verantwortlich gemacht.

8 Doch auch schon zur Zeit der Abschaffung erkannten bereits einige Stimmen die Probleme, die die
9 HiKo hatte. Von Vielen konnte die Entscheidung zur Abschaffung aus dieser Perspektive allerdings sehr
10 gut nachvollzogen werden, denn um ehrlich zu sein kannten die meisten SPD-Mitglieder die HiKo erst
11 seit dem Punkt, an dem sie abgeschafft werden sollte.

12 Umso erfreulicher sind daher die Worte des Verantwortlichen und Geschichtsbeauftragten Dietmar
13 Nietan, der verkündete, dass das neu gegründete Geschichtsforum nun stärker in die Gesellschaft hin-
14 einwirken wolle und effektiv Fake News bekämpfen wolle.² Auch eine nahezu paritätische und ver-
15 jügte Besetzung sowie der Vorsatz, mehr Menschen mit Migrationserfahrungen einzubinden sind
16 ohne Zweifel Lichtblicke im geschichtspolitischen Engagement der SPD.

17

18 Der Ist-Zustand: Keine neuen Wege

19 Bei aller Kritik muss angemerkt werden, dass das Geschichtsforum erst zu Beginn des letzten Jahres
20 gegründet wurde und Gremien immer etwas Anlaufzeit benötigen. Trotz dessen werden im Folgenden
21 einige Punkte angeführt, die mit Hinblick auf die HiKo und die bisherigen Aktivitäten des Geschichtsfo-
22 rums sinnvoll erscheinen oder aber schlicht als jungsozialistischer Impuls dienen. Da es sich um ein
23 junges Gremium handelt, das noch zusammenwachsen muss, sind alle Forderungen bewusst offenge-
24 halten.

25 Ein erster Kritikpunkt wäre die sogenannte ‚Verjüngung‘ des Gremiums, die oftmals beschworen wird.
26 Die jüngsten Mitglieder momentan gehen bereits auf die 40 zu und sind damit noch weit vom eigent-
27 lichen Durchschnittsalter entfernt. Bis zu einem gewissen Grad ist dies selbstverständlich in Ordnung,
28 jedoch scheint es gerade angesichts der Herausforderung, jüngeren Generationen bspw. die

² <https://www.vorwaerts.de/artikel/neue-spd-geschichtsforum-kaempft-gegen-fake-news>

1 historische Verantwortung, die aus der Shoa erwächst, näher zu bringen, schwierig, wenn wirklich
2 junge Perspektiven nicht daran mitarbeiten.

3 Weiterhin muss festgehalten werden, dass das „Hineinwirken in die Öffentlichkeit“ sich bis jetzt nur
4 auf die Homepage des Forums und auf den Vorwärts beschränkt. Ersteres wird eine eher überschau-
5 bare Besucher*innenzahl haben und der Vorwärts bildet ebenfalls nicht die Gesellschaft ab, er bildet
6 wahrscheinlich nicht einmal die SPD ab. Nun ist Öffentlichkeitswirksamkeit – vor allem als historisches
7 Expert*innengremium – nicht einfach zu generieren und ein Jahr ist nicht allzu viel Arbeitszeit, jedoch
8 scheint bspw. der Fakt, dass es außerhalb dieser beiden Stellen keinen nennenswerten Publikationsort
9 des Geschichtsforums gibt, trotzdem bedenklich. Als eine Partei, die gestalten will, können wir uns
10 nicht nur auf Bewährtem ausruhen, sondern müssen neue Wege finden, um neue Gruppen anzuspre-
11 chen.

12 Auch findet sich abgesehen von Dietmar Nietans Account kaum Aktivität in den Sozialen Medien, es
13 gibt nicht einmal einen Account und so etwas hat selbst die „Geschichtswerkstatt“ der SPD Schleswig-
14 Holstein.³ Passend dazu werden in den bisherigen Überlegungen, die öffentlich einsehbar sind, ledig-
15 lich traditionelle Ziele zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik forciert. Neue Lernorte zur NS-Zeit
16 sind zweifelsohne weiterhin äußerst wichtig, jedoch werden neue, digitale Formen von Erinnerungs-
17 kultur und Diskursbestimmung viel zu stiefmütterlich behandelt.

18 Es muss darum gehen, die wirklich gute Arbeit des Geschichtsforums sichtbar zu machen.

19 Was muss sich ändern?

20

21 **Das Internet vergisst nicht? Ja geil!**

22 In diesem Sinne ist es entscheidend, eine sozialdemokratische Geschichtspolitik zu entwickeln, die au-
23 ßerhalb von Elfenbeintürmen existiert und nicht vor den schmutzigen Grabenkämpfen der Kommen-
24 tarspalten zurückschreckt. Das Internet als der Ort, der nicht vergisst, muss mehr und mehr in den
25 Fokus auch erinnerungspolitischer Arbeit rücken und das geschichtspolitische Forum einer progressi-
26 ven Partei sollte dazu nicht schweigen, sondern neue Wege erkunden, um politische Ideen voranzu-
27 treiben.

28

29 Dazu gehört auch eigene Präsenz in den sozialen Netzwerken. Ein Account sollte selbstverständlich
30 sein oder zumindest einer stärkere Anbindung an bestehende. Auch die Anbindung an vorhandene
31 Multiplikator*innen sollte gezielt gesucht werden. Weiterhin muss es jedoch auch darum gehen,

³ <https://www.facebook.com/SPDGeschichtswerkstatt/>

1 Historiker*innen zu empowern, geschichtspolitische Debatten auch außerhalb von Hörsälen mitzuge-
2 gestalten. Mögliche Mittel dazu wären bspw. Social Media-Trainings für progressive Historiker*innen.
3 Solche Angebote sollten selbstverständlich, wenn möglich, nicht innerhalb des Forums bleiben, son-
4 dern auch anderen interessierten Historiker*innen geöffnet werden. Wie eine solche Präsenz ausse-
5 hen kann, zeigt ein Blick nach Großbritannien, wo Twittergefechte zwischen Historiker*innen und
6 Rechten regelmäßig viral gehen und „Historians for Britain“ sich gegen den Brexit stellen.⁴

7

8 Für diese Art von Arbeit bedarf es jedoch ebenfalls neuer Formate. Daher sollte das Forum ebenfalls
9 nach neuen Publikationsformen suchen. Während eine fundierte wissenschaftliche Arbeit natürlich
10 immer den Grundstein legen muss, können diese trotzdem im Nachhinein in zugänglichere Formate –
11 bspw. Video- oder Audioformate – gegossen werden, um die Debattenfähigkeit zu erhöhen. Denkbar
12 wäre hier bspw. Material, das ‚Evergreens‘ rechter und konservativer Geschichtsverdrehungen de-
13 montiert, z.B. ein Video, das den DDR-Vergleich auseinandernimmt und immer wieder genutzt werden
14 kann.

15

16 **Starke Strukturen für einen starken Diskurs**

17 Um all dies zu gewährleisten ist es notwendig, die Struktur und Arbeitsweise des Forums weiter zu
18 optimieren. Zunächst sollte das Gremium bei der Strukturierung seiner Arbeit die Kommunikation in
19 die Gesellschaft hinein stärker mitbedenken. Dies muss nicht zwingend Aufgabe des Forums selbst
20 sein. Es liegt jedoch nahe, das Forum so zu ergänzen oder an bestehende Strukturen anzubinden, dass
21 Produkte des Forums für die politische Arbeit schnellstmöglich fruchtbar gemacht werden und das
22 Forum so mehr in die Öffentlichkeit hineinwirkt.

23

24 Weiterhin sollte das Forum Möglichkeiten erörtern, die es ihm gestatten, tatsächlich tagesaktuell auf
25 Verdrehungen von Geschichte, Fake News und dergleichen zu reagieren. Damit soll eine aktive Mitge-
26 staltung des Diskurses ermöglicht werden und das Schlachtfeld nicht den Rechten überlassen werden.
27 Das Geschichtsforum muss sich aktiv in Debatten einmischen oder diese am besten sogar selbst ansto-
28 ßen.

29

30 Um junge Perspektiven mehr einzubinden, gilt es einerseits natürlich, bei zukünftigen Berufungen stär-
31 ker auf das Alter zu achten. Eine zusätzliche ständige Jusos-Vertretung in beratender Funktion darüber
32 hinaus zu etablieren, wäre ratsam, denn es braucht junge Perspektiven, um junge Menschen zu

⁴ <https://www.historiansforbritain.org/about-us/>

1 erreichen. Die Ankündigung, mehr Historiker*innen mit Migrationserfahrung einzubinden, begrüßen
2 wir deutlich und sprechen unsere Unterstützung für eine dementsprechende Auswahlpraxis aus.

3 **Forderungen:**

- 4 • Eine Ergänzung/Umstrukturierung und/oder stärkere Anbindung an bereits bestehende Struk-
5 turen, um historische Erkenntnisse bzw. Perspektiven besser in den politischen Diskurs mitein-
6 zubinden und für die politische Arbeit fruchtbar zu machen. Dabei muss weiterhin die relative
7 Unabhängigkeit des Gremiums gewahrt werden.
- 8 • Eine Ergänzung der erinnerungskulturellen Projekte und Überlegungen um Elemente digitaler
9 Erinnerungskultur mit einem Fokus auf soziale Netzwerke
- 10 • Schaffung von Angeboten zu Social Media Training, die sich gezielt an Historiker*innen richten,
11 bei entsprechendem Bedarf auch an solche außerhalb von SPD-Strukturen
- 12 • Die Einbeziehung jüngerer Perspektiven in die Arbeit des Forums durch einen Juso-Beisitz
- 13 • Die Erörterung von Möglichkeiten, tagesaktueller auf Fake News bzw. Missbrauch von Ge-
14 schichte hinzuweisen. Eine möglichst große Öffentlichkeitswirksamkeit solllte dabei mitbe-
15 dacht werden und sich in der Auswahl von Publikationsformaten und -wegen niederschlagen.

16

17 Denn wenn wir ein Geschichtsforum haben, dann möchten wir ein starkes haben. Eines, das sich aktiv
18 gegen das Vergessen stellt, auch gegen das Vergessen seiner selbst.

A8 Der Klimawandel kommt, die Menschen gehen – helfen und handeln, jetzt!

1 Das Thema Flucht und Migration hat seit Jahren einen festen Platz in der politischen Debatte. Auch
2 wenn in den letzten drei Jahren laut dem Bundesinnenministerium die Zahl der Asylanträge in Deutsch-
3 land zurückgegangen ist, so bedarf es weiterhin einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema
4 und dem Auffinden und Durchsetzen von Lösungswegen für Konflikte oder Probleme, die durch Flucht
5 und Migration entstehen. Während wir Jusos dazu schon klare Beschlusslagen haben, wie für uns eine
6 gerechte und solidarische Integrationspolitik aussieht, so müssen wir auch ein Augenmerk auf die Zu-
7 kunft dieses Politikfeldes haben.

8 Der Klimawandel und die damit einhergehende Klimakrise sind für unsere Generation die politischen
9 Schwerpunkte, die unsere Zukunft am meisten beeinflussen. Schließlich hängt unsere Existenzgrund-
10 lage davon ab, ob wir auch in den nächsten Jahrzehnten einen Planeten haben werden, dessen Öko-
11 systeme, Klima und Artenvielfalt unser Leben sichern. Mit der voranschreitenden Erderwärmung ver-
12 ändert sich allerdings unser Planet rasant. Der Meeresspiegel steigt durch schmelzendes Packeis, Dür-
13 ren, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen nehmen zu. Dadurch wird der Lebensraum
14 vieler Arten bedroht und zerstört und auch für uns Menschen stellt dies ein grundlegendes Problem
15 dar. Während bei uns in Deutschland die Folgen des Klimawandels besonders in Form von sehr trocke-
16 nen und warmen Sommern spürbar, aber dennoch noch nicht für uns existenzbedrohlich sind, so sieht
17 es woanders auf der Welt deutlich schlimmer aus.

18 Dabei treffen beide Probleme aufeinander. Dort wo der Klimawandel für die Menschen akut bedroh-
19 lich wird, wird er auch zur Fluchtursache. Wie genau sich der Klimawandel dabei als Fluchtursache
20 auswirkt, ist in den Regionen der Welt unterschiedlich. Es besteht der Konsens unter Klimaforscher*in-
21 nen, dass mit der steigenden globalen Durchschnittstemperatur, die Intensität von Wetterextremen zu-
22 nimmt. Stärkere Niederschläge und schmelzende Gletscher führen zu Überschwemmungen, welche
23 wiederum zu Erdbeben führen können. Der dadurch steigende Meeresspiegel verursacht in Län-
24 dern, wie z.B. Bangladesch oder Vietnam die Überschwemmung von Küsten- und Deltaregionen und
25 zerstört durch das salzhaltige Meerwasser Ackerflächen und Trinkwasser und somit die Ernährungs-
26 und Lebensgrundlage der betroffenen Menschen. Die steigende Oberflächentemperatur von Ozeanen
27 führt zu stärkeren Tropenstürmen. Auch sonst werden Winde und Stürme durch die Erderwärmung
28 verstärkt. Außerdem führt die Erderwärmung zu Hitzewellen und Dürreperioden, welche Wald- und
29 Buschbrände verursachen. Diese Dürren, Stürme und andere Extremwetterereignisse treffen beson-
30 ders südasiatische Länder und Länder südlich der Sahara. Hinzu kommt, dass die betroffenen Länder
31 oftmals wirtschaftlich schlechter gestellt sind und somit nicht oder kaum die Möglichkeit für

1 Schutzmechanismen oder Anpassungsmaßnahmen an diese bedrohlichen Folgen des Klimawandels
2 gewährleisten können. Eine zusätzliche Bedrohung und somit Fluchtursache in den betroffenen Län-
3 dern ist, dass durch die Zerstörung der Ackerflächen, Trinkwasserversalzung, Bodenerosion, schrump-
4 fenden Artenvielfalt und schließlich Zusammenbruchs der regionalen Ökosysteme, die Existenz eines
5 Großteils der Bevölkerung als Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vernichtet wird. Meist wirken die Fol-
6 gen des Klimawandels allerdings nicht allein als Fluchtursache. Mit der Knappheit an Ressourcen, Ver-
7 sorgungsengpässen und der schwindenden Lebensgrundlage, entwickeln sich in den betroffenen Re-
8 gionen Konflikte. Diese Konflikte werden oftmals gewalttätig ausgetragen, was im Zusammenhang mit
9 den Klimawandelfolgen letztendlich noch mehr Menschen zur Flucht zwingt. Diese Flucht erfolgt oft
10 zunächst in die nahegelegenen Städte, in denen sich die Konflikte um die Ressourcen weiter verschär-
11 fen, was zu weiterer Flucht führt.

12 Des Weiteren nehmen mit dem Klimawandel nicht nur die mittel- und langfristigen Umweltkatastro-
13 phen zu, sondern auch die Häufigkeit und Heftigkeit von Ereignissen, welche Regionen temporär un-
14 bewohnbar machen. Auch hier ist vorwiegend der globale Süden betroffen. Dadurch, dass die betroffe-
15 nen Länder oftmals wirtschaftlich nicht stark genug sind, um den Wiederaufbau der zerstörten Regio-
16 nen zu ermöglichen, haben die Menschen kaum eine Option zur Rückkehr und begeben sich auch auf
17 die Flucht.

18 Ein besonderes durch den Klimawandel verursachtes Problem ist der Verlust von Territorium. Durch
19 den steigenden Meeresspiegel drohen ganze Landstriche und Inselstaaten (z.B. Kiribati im Pazifik) ganz
20 oder zu großen Teilen unter dem Wasser zu verschwinden. Dies erfordert eine Umsiedlung der Bevöl-
21 kerung bzw. verursacht wieder Flucht. Dadurch könnten wiederum Konflikte entstehen, da u.A. das
22 Aufeinandertreffen verschiedener Bevölkerungsgruppen Konfliktrisiken birgt (z.B. kiribatische Bevöl-
23 kerung und fidschianische Bevölkerung). Auch völkerrechtlich ergeben sich große Herausforderungen,
24 da einerseits Staaten an Staatsgebiet verlieren, andererseits Nutzungsrechte maritimer Ressourcen
25 und Fischerei an die staatliche Küstenhoheit gebunden sind und diese damit verloren gingen. Ein Bei-
26 spiel dafür, wie die Folgen des Klimawandels Konflikte verstärkt und somit zur Flucht vieler Menschen
27 geführt hat, ist der Syrien-Konflikt. In Syrien herrschte von 2006 bis 2011 laut der US-Behörde für
28 Raumfahrt (National Aeronautics and Space Administration, NASA) die größte Dürre seit 900 Jahren.
29 Der Bericht des UN-Sonderberichtstatters für das Recht auf Nahrung zeigt auf, dass viele Syrer*innen
30 so in Armut gerieten, da die Dürre den meisten Bäuerinnen und Bauern die Existenzgrundlage nahm.
31 Da die ländlichen Regionen Syriens schon vorher vernachlässigt wurden, folgte auf die Dürrejahre eine
32 große Binnenmigration in die Städte. Die Kapazitäten der Städte waren durch die dort lebenden iraki-
33 schen Kriegsgeflüchteten schon strapaziert. Dies trug zu dem gewaltsamen Konflikt bei, welcher

1 schlussendlich auch die Fluchtursache für die meisten Menschen war. Die Dürre als Folge des Klima-
2 wandels wirkte hierbei allerdings als Risikoverstärker.

3 Zu den Zahlen: 2019 sind weltweit ca. 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Nach Schätzungen der
4 Weltbank, wird diese Zahl bis 2050 auf über 140 Millionen Menschen ansteigen. Für diesen Anstieg
5 wird der Klimawandel maßgeblich verantwortlich sein. 2015 waren insgesamt 19,2 Millionen Men-
6 schen wegen Naturkatastrophen auf der Flucht (Vergleich: 8,6 Millionen selbes Jahr wegen Konflikten
7 und Gewalt), die meisten davon flohen aus Ost-Asien und den Pazifikregionen. Durch wetterbedingte
8 bzw. geophysikalische Katastrophen flohen zwischen 2008 und 2015 ca. 203 Millionen Menschen, 110
9 Millionen davon wegen Überschwemmungen. Diese Zahlen zeigen die Dringlichkeit zu handeln und
10 Lösungsstrategien für dieses komplexe Problem anzugehen. Es ist allerdings schwer genaue Prognosen
11 über die Zahlen der Migrationsbewegung aufgrund der schleichenden Umweltveränderungen, die
12 durch den Klimawandel verursacht werden, zu treffen, da bei diesen Fluchtursachen, die Menschen in
13 kleineren Gruppen fliehen und somit Zahlen schwerer zu erfassen sind. Darum beschreibt das IDMC
14 (Internal Displacement Monitoring Centre) dies als „blinden Fleck“ in der Klimaforschung.

15 Auch wenn aktuell der globale Süden hauptsächlich davon betroffen ist, so wird der Klimawandel auch
16 den globalen Norden schaden. Erste Dürren erleben wir schon in Europa und der steigende Meeres-
17 spiegel wird auch die Küstengebiete im globalen Norden (besonders die Ostküste Nordamerikas und
18 die flachen Küstengebiete Mitteleuropas) überschwemmen. Und auch die Extremwetterereignisse
19 werden zunehmen. Mit dem Wissen der Klimaforscher*innen gilt es nun aus globaler Verantwortung
20 heraus, sowohl die Folgen des Klimawandels, soweit es noch möglich ist, zu bekämpfen und Vorberei-
21 tungen zu treffen, um den von der Klimaflucht betroffenen Menschen humanitär zu begegnen und zu
22 helfen. Darum müssen schon jetzt politische Maßnahmen für die Zukunft getroffen werden. Diese
23 Maßnahmen müssen auf den Menschenrechten basieren und die Betroffenen und besonders die
24 Schwächsten schützen. Zusätzlich müssen die Betroffenen mitbestimmen können, wenn vor Ort An-
25 passungs- oder Ausgleichsmaßnahmen für den Klimawandel umgesetzt werden sollen. Da Anpassungs-
26 maßnahmen die Klimaflucht nicht verhindern können, gehört zu den menschenrechtsbasierten Aus-
27 führungen auch die Einhaltung von Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, welcher
28 den Menschen das Recht auf Asyl zuspricht. Dazu müssen rechtliche Lücken geschlossen werden. Dies
29 beinhaltet die Anerkennung des Klimawandels als Fluchtursache und somit als Asylgrund.

30 Eine weitere notwendige Maßnahme ist die Förderung der Anpassung an den Klimawandel und damit
31 einhergehend die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. In diesem ist festgelegt, dass reichere Staa-
32 ten ihre Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels anerkennen und ärmere Staaten so-
33 wohl technisch als auch finanziell unterstützen. Dabei werden Maßnahmen getroffen, welche die

1 Existenzgrundlage der Menschen trotz Klimawandel sichern, wie z.B. Frühwarnsysteme für Stürme o-
2 der dürreresistentes Saatgut. Jene Lösungsansätze sollen nach Pariser Klimaabkommen gender-be-
3 wusst und partizipativ gestaltet werden und verletzte Gruppen berücksichtigen. Dies sollten wir als
4 Jusos immer unterstützen und in unseren klimapolitischen Forderungen mit einbinden.

5 Den ersten Schritt ging 2012 die in Norwegen und der Schweiz gegründete Nansen-Initiative. Diese hat
6 als Ziel den rechtlichen Schutz der Menschen zu verbessern, welche wegen Umweltkatastrophen
7 grenzüberschreitend fliehen müssen. Aus der Nansen-Initiative ging die Platform on Disaster Displace-
8 ment hervor, welche sich auch die Schutzagenda als Ziel gesetzt hat. Deutschland ist zwar Mitglied in
9 der Platform on Disaster Displacement, doch für eine effektive Umsetzung der Schutzagenda muss
10 Deutschland sich aktiver beteiligen. Hinzu kommt der „Warschauer Mechanismus“. Auf der 19. UN-
11 Klimakonferenz in Warschau wurde dieser von den Staats- und Regierungschefs als Institution für „kli-
12 mawandelbedingte Verluste und Schäden“ geschaffen und soll Wissen und Verständnis zum Thema so
13 verbessern, dass technische und finanzielle Unterstützung effektiv gewährleistet werden kann.

14 Der nächste wichtige Punkt ist eine konsequente Klimaschutzpolitik. Denn nur durch wirkungsvollen
15 Klimaschutz, welcher die Treibhausgasemissionen drastisch verringert, können die Folgen wie Über-
16 schwemmungen, Stürme etc. reduziert werden, sodass weniger Menschen in ihrer Existenz bedroht
17 sind. Darum gilt auch hier eine konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Klima-
18 schutzpolitik, die darüber hinaus geht. Dies beinhaltet auch eine konsequente Klimaschutzpolitik der
19 Bundesregierung. In dieser Klimaschutzpolitik muss das Thema Klimaflucht ein fester Bestandteil der
20 politischen Debatte werden. Hinzu kommt, dass auch in anderen Politikfeldern das Thema Klimaflucht
21 berücksichtigt werden muss. So müssen in der Integrations- und Migrationspolitik Maßnahmen getrof-
22 fen werden, die die Bundesrepublik für die Aufnahme einer großen Zahl an Geflüchteten vorbereitet.
23 Dies beinhaltet die Schaffung von Wohnraum, die Förderung der Ausbildung von DaZ/DaF-Lehrer*in-
24 nen, Schaffung von Schulplätzen, die Erleichterung zum Einstieg in den Arbeitsmarkt für Geflüchtete
25 und ein engagierter Kampf gegen rechts. Zusätzlich müssen sichere Fluchtwege von den betroffenen
26 Regionen in sicherere Regionen geschaffen werden. Dabei müssen sich die europäischen Staaten be-
27 sonders auf Zuwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten einstellen. Aus diesen Teilen der Welt
28 fliehen schon jetzt viele Menschen nach Europa. Da die Fluchtwege meist unsicher sind und die Ge-
29 flüchteten auf sich allein gestellt sind, birgt die Flucht hohe Risiken. Weil durch den Klimawandel weiter
30 Menschen nach Europa fliehen werden, wird dieses Risiko für die Menschen bestehen bleiben, wenn
31 wir nicht handeln.

32 Weiterhin muss mehr zum Thema Klimaflucht geforscht werden, um bessere Prognosen und damit
33 Lösungsstrategien zu entwickeln. Der „blinde Fleck“ in der Klimaforschung darf keiner bleiben. Die

1 Bundesregierung muss ganz klar in die Klimaforschung investieren und auf Basis der Forschungsergeb-
2 nisse ihre Klimapolitik aufbauen, unabhängig von Lobby- und Wirtschaftsinteressen. Außerdem müs-
3 sen die Forschungsergebnisse als Grundlage für ein breites Bildungsangebot zum Thema Klimaflucht
4 genutzt werden, damit das notwendige Verständnis der Bevölkerung und somit Solidarität mit den
5 Betroffenen vorhanden ist.

6 In Anbetracht dieser Mammutaufgabe fordern wir konkret:

- 7 • Die Anerkennung des Klimawandels als Fluchtursache. Dazu muss Klimaflucht als Grund für
8 Asyl im GG Art. 16 a unbedingt ergänzt werden. Auch Betroffenen, die auf dem Landweg in die
9 Bundesrepublik gelangen, muss eine Möglichkeit eröffnet werden, sich hier dauerhaft und le-
10 gal aufzuhalten und niederzulassen. Daher ist auch das Aufenthaltsgesetz dahingehend zu er-
11 gänzen, dass Menschen, die aufgrund der Folgen der Klimakatastrophe in ihrer Heimat ihre
12 Existenzgrundlage verlieren, einen Aufenthaltstitel erlangen können. Um eine dauerhafte Nie-
13 derlassung zu ermöglichen, muss dieser Aufenthaltstitel eine Erwerbstätigkeit ermöglichen.
- 14 • Eine gender-bewusste, rassistische- sowie kolonialismuskritische und partizipative Klimapolitik.
15 Bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen müssen strukturell be-
16 nachteiligte und verletzte Gruppen besonders berücksichtigt und beteiligt werden.
- 17 • Die Bundesregierung muss eine führende Rolle in der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens
18 einnehmen. Dazu muss sie ihren eigenen völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Emissionsre-
19 duktion und Klimafinanzierung nachkommen. Dies erfordert eine viel radikalere Klimaschutz-
20 politik. Hierbei müssen die Sektoren Energie, Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft
21 dekarbonisiert werden.
- 22 • Die Bundesregierung soll sich bei der Umsetzung der Nansen-Initiative verstärkt einsetzen.
23 Auch beim Vorantreiben des „Warschauer Mechanismus“ muss die Bundesregierung aktiver
24 werden.
- 25 • Die Bundesregierung muss innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft eine führende
26 Rolle einnehmen in Bezug auf eine konsequente Klimaschutzpolitik, welche auch die von Kli-
27 maflucht betroffenen Menschen schützt.
- 28 • Die Bundesregierung muss mehr in die Klimaforschung investieren.
- 29 • Jede klimapolitische Entscheidung der Bundesregierung muss auf Basis der Forschungsergeb-
30 nisse der Klimaforschung getroffen werden. Sowohl in Bezug auf Klimaschutz als auch in Bezug
31 auf Klimaflucht. Diese Entscheidungen müssen den Ergebnissen der Wissenschaft gerecht wer-
32 den.

- 1 • In jedem Politikfeld müssen die Themen Klimaschutz und Klimaflucht basierend auf den Ergeb-
2 nissen der Klimaforschung bei Entscheidungen maßgeblich mitberücksichtigt werden. Dazu ge-
3 hört die Vorbereitung für die Aufnahme von Menschen, die von Klimaflucht betroffen sind.
4 Diese Vorbereitung beinhaltet u.a. die Schaffung von Wohnraum, die Förderung der Ausbil-
5 dung von DaZ/DaF-Lehrer*innen, Schaffung von Schulplätzen, die Erleichterung zum Einstieg
6 in den Arbeitsmarkt für Geflüchtete und ein engagierter Kampf gegen rechts
- 7 • Die Bundesregierung muss sich innerhalb der EU für sichere Fluchtwege nach Europa aus den
8 vom Klimawandel bedrohten Regionen einsetzen.
- 9 • Ein breites Allgemeinbildungsangebot zum Thema Klimawandel und Klimaflucht, basierend auf
10 den Forschungsergebnissen der Klimaforscher*innen.

A9 China, die Uigur*innen und Hongkong – progressive Außenpolitik gegen Unterdrückung und Zensur!

1 Die Bedeutung Chinas in der internationalen Politik und im Welthandel nimmt immer weiter zu. Oft
2 angekündigt, aber bis heute wohl noch immer nicht Realität geworden, heißt es, dass die Volksrepublik
3 sogar den USA in Zukunft den Rang als dominierende Weltmacht ablaufen könnte. Wo die USA aller-
4 dings auch unter einem rechtspopulistischen Präsidenten weiter eine funktionierende Demokratie dar-
5 stellen, handelt es sich bei China um ein autoritäres Regime unter der Dominanz der kommunistischen
6 Partei. Im Jahr 2019 ist deren autoritärer Charakter gerade am Umgang mit den Uigur*innen in der
7 Provinz Xinjiang und der Politik gegen die Demokratie-Bewegung in Hongkong deutlich geworden.
8 Diese Ereignisse bedürfen einer Einordnung durch uns Jungsozialist*innen, um auf dieser Grundlage
9 auch eine progressive außenpolitische Reaktion gerade von sozialdemokratischen Politiker*innen ein-
10 zufordern!

11 Repression und Zensur – eine kurze Einordnung

12 Die Volksrepublik China entsprach noch nie den marxistischen Idealen, denen sie sich auf dem Papier
13 bis heute verschrieben hat. Beispielhaft hierfür sind die im „Westen“ weithin bekannte jahrzehnte-
14 lange Unterdrückung der Tibeter*innen und die Niederschlagung der zunächst studentischen Proteste
15 rund um den Tian´anmen-Platz in Peking im Jahr 1989. Gerade jene auf die demokratischen Proteste
16 folgenden Repressionsmaßnahmen gegen Dissident*innen zeigen dabei die Totalität mit der die chi-
17 nesishe Regierung seit Jahrzehnten versucht die Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu halten. So wurde
18 die Revolte auf dem Tian´anmen-Platz erst mit militärischer Gewalt niedergeschlagen, dann mit Ge-
19 fängnis- und Todesstrafen gegen Beteiligte vorgegangen und auch heute noch wird jede Diskussion
20 über die Ereignisse, gerade auch in den sozialen Netzwerken, aufs Schärfste zensiert.

21 Diese Formen von Zensur und Repression haben unter Staatspräsident Xi Jinping kein Ende gefunden,
22 sondern sich vielmehr den Konflikten und technischen Möglichkeiten des Jahres 2019 angepasst. Das
23 chinesische Internet gleicht nun mehr und mehr einem Intranet aus dem unliebsame Informationen
24 entfernt oder durch Narrative der chinesischen Regierung ersetzt werden. Der Zugriff auf internatio-
25 nale Plattformen wie Google, Twitter oder Wikipedia ist nicht oder nur stark eingeschränkt möglich.
26 Viele Bürger*innen machen einen Screenshot von allem, was auch nur annähernd systemkritisch sein
27 könnte, aus Angst es Minuten später bereits nicht mehr aufrufen zu können. Diese pedantische Infor-
28 mationskontrolle trägt dabei manchmal sogar nahezu komödiantische Blüten, wenn z.B. Winnie Pooh
29 aus dem chinesischen Internet verschwinden muss, da die Ähnlichkeit zu Staatspräsident Xi einfach zu
30 groß sei. Allerdings mögen wir zwar über eine solche Reaktion schmunzeln, für Chines*innen ist es
31 leider täglich bittere Realität.

1 **Die Unterdrückung und Internierung der Uigur*innen**

2 Im Gegensatz zum Umgang der chinesischen Regierung mit den Autonomiebestrebungen in Tibet ist
3 die Politik gegen die ethnische Minderheit der Uigur*innen erst dieses Jahr so richtig in den Fokus der
4 Weltöffentlichkeit gerückt. Dabei hat die Unterdrückung des kulturellen und religiösen Lebens dieses
5 mehrheitlich muslimischen Turk-Volkes nicht erst im Jahre 2019 begonnen. Denn in der Provinz Xinji-
6 ang betreibt die kommunistische Partei seit längerem, wie in anderen Landesteilen auch, eine Homo-
7 genisierung der Bevölkerung nach Vorbild der Han-Chines*innen, die in der Gänze Chinas die klare
8 Bevölkerungsmehrheit stellen. Diese Politik führte immer wieder zu Unruhen in denen Uigur*innen
9 zum Teil mit Gewalt gegen in die Provinz migrierte Han-Chines*innen vorgingen. Auch eine Radikali-
10 sierung und Fundamentalisierung von einigen Uigur*innen hat in der Vergangenheit zu terroristischen
11 Angriffen unter anderem in Peking geführt. Diese Anschläge nutzte die chinesische Regierung darauf-
12 hin immer wieder um ihr Vorgehen in der Provinz Xinjiang zu rechtfertigen.

13 Dass die chinesische Regierung allerdings mehr tut, als nur gegen fundamentalistische Terrorist*innen
14 vorzugehen, ist spätestens seit dem Leak der „Xinjiang-Papers“ durch die New York Times offenbar.
15 Diese internen Dokumente des chinesischen Regimes lassen Schlüsse auf die Motivation der Staats-
16 führung und das Ausmaß der Repression in der Provinz zu.

17 Denn das Handeln richtet sich eindeutig gegen weite Teile der Zivilbevölkerung, die freie Ausübung der
18 muslimischen Religion und das Leben nach kulturellen Traditionen der Uigur*innen, aber auch anderer
19 Minderheiten in dieser Region des eurasischen Kontinentes. Dieses Vorgehen kulminiert dabei in der
20 Internierung von wohl mindestens 100.000 bis zu höchsten Schätzungen von einer Millionen Zivilist*in-
21 nen in Lagern. Letztendlich dienen auch die dazu das Han-Chines*innentum und die Herrschaft der
22 kommunistischen Partei in dieser Außenprovinz der Volksrepublik zu stärken. Eine solche autoritäre
23 Umerziehungspolitik müssen wir Jungsozialist*innen aufs Schärfste verurteilen und den Narrativen wi-
24 dersprechen, die die Lager in ein freiwilliges Angebot oder in ein Vorgehen gegen organisierten Terro-
25 rismus umdeuten wollen.

26 **Die Belagerung der Demokrat*innen in Hongkong**

27 Die Uigur*innen spielten auch unlängst bei den Protesten in der chinesischen Sonderverwaltungszone
28 Hongkong eine Rolle. Dort hatten Aktivist*innen die größeren Freiheiten in der ehemaligen britischen
29 Kolonie genutzt, um sich auf einer Protestveranstaltung mit der unterdrückten Minderheit zu solidari-
30 sieren.

31 Dass im Gegensatz zum Rest der Volksrepublik überhaupt gewisse demokratische Freiheiten in Hong-
32 kong existieren, liegt in der Geschichte der Metropolregion begründet. Diese wurde erst 1997 Teil

1 Chinas und die Übergabevereinbarung mit den Brit*innen garantiert den Bürger*innen Hongkongs die
2 Beibehaltung von demokratischer Selbstverwaltung und freier Marktwirtschaft auf 50 Jahre. Der be-
3 stehende Autonomiestatus ist der autoritären chinesischen Staatsregierung dabei zunehmend ein
4 Dorn im Auge, wird aber auch von progressiven Kräften aufgrund eines in Teilen antiquierten Wahl-
5 rechtes und fehlenden sozialen Rechten kritisiert.

6 Die Ablehnung durch die kommunistische Partei manifestierte sich in der jüngeren Vergangenheit in
7 immer stärkeren Einmischungsversuchen aus Peking. Diese wiederum riefen vermehrt Gegenproteste
8 aus der demokratisch gesinnten Zivilbevölkerung hervor. Den aktuellen Höhepunkt bilden dabei die
9 diesjährigen Proteste gegen die china-treue Administration von Carrie Lam und ihr Vorhaben eines
10 Auslieferungsabkommens mit der chinesischen Zentralregierung. Für viele Aktivist*innen stellte dies
11 die juristische Unabhängigkeit Hongkongs in Frage und ein Einfallstor für das illiberale Strafsystem des
12 chinesischen Regimes dar.

13 Auf die zunächst friedlichen Proteste, die weite Teile der Zivilbevölkerung mobilisieren konnten, und
14 ihre Forderung nach freien, allgemeinen und gleichen Wahlen in Hongkong reagierte die china-treue
15 Verwaltung mit außerordentlicher Härte und Offizielle aus Peking drohten mehr oder weniger direkt
16 mit einer militärischen Intervention.

17 Wir Jungsozialist*innen verurteilen diese autoritäre Repression aufs Schärfste und solidarisieren uns
18 mit den Forderungen der demokratischen Aktivist*innen. Die erfolgreichen Kommunalwahlen sollten
19 ihnen ein Ansporn sein auch im kommenden Jahr weiter für ein demokratisches Hongkong zu kämp-
20 fen!

21 **Wie wir unsere Solidarität leben und was wir von progressiver Außenpolitik erwarten**

22 Auf Grundlage dieser Analyse der autoritären Politik der chinesischen Volksrepublik nach innen, wobei
23 auch die Machtprojektion nach außen in Zukunft einer genaueren Betrachtung bedarf, stellen sich ge-
24 wisse Anforderungen an uns als Verband, eine progressive deutsche und europäische Außenpolitik
25 sowie sozialdemokratische Funktionär*innen:

26 - Jungsozialist*innen müssen im Verband über die prekäre Situation der Uigur*innen, der Bürger*in-
27 nen Hongkongs, aber auch der chinesischen Zivilbevölkerung im allgemeinen aufklären und sich soli-
28 darisch an die Seite der Unterdrückten stellen.

29 - Dies bedeutet für uns gerade angesichts des bisherigen Desinteresses gegenüber vielen internen Kon-
30 flikten der Volksrepublik unsere Solidarität auch nach außen zu kommunizieren und in der öffentlichen
31 Debatte für die Sache der Uigur*innen und der demokratischen Aktivist*innen zu werben.

- 1 - Eine deutsche und europäische Außenpolitik nach jungsozialistischen Idealen muss über die eigenen
2 Handelsinteressen hinwegsehen können, um die Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische
3 Regierung klar zu verurteilen.
- 4 - Daraus folgt auch, dass es nicht beim Anmahnen der Einhaltung von demokratischen Grundrechten
5 bleiben darf, sondern auch gegenüber China härtere diplomatische Maßnahmen wie die Einrichtung
6 von Sanktionen nicht von vorneherein ausgeschlossen sein dürfen.
- 7 - Schlussendlich ist es gerade an sozialdemokratischen (Außen-) Politiker*innen für ihre Grundwerte
8 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität weltweit laut einzustehen. Dies muss uneingeschränkt auch für
9 Ereignisse in der chinesischen Volksrepublik gelten.
- 10 Lasst uns Jungsozialist*innen mit diesem Antrag ein Zeichen der Solidarität mit den Unterdrückten des
11 Regimes der kommunistischen Partei in China setzen und uns an die Seite der Demokratisierungs- und
12 Pluralisierungsbewegungen in der chinesischen Gesellschaft stellen. Denn unser marxistisches Ideal
13 einer Gesellschaft der Freien und Gleichen lebt von Pluralität und Mitbestimmung!
- 14 Ein Hoch auf die internationale Solidarität!